Merseburger Korrespondent

Erscheint täglich nachmittags mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. — Bezugspreis: Vierteljährlich 3,10 Mk.; durch den Boten frei ins Haus 3,30 Mk.; durch die Post 3,30 Mk. ausschl. Bestellgeld; durch unsere Vertreter auf dem Lande 3,60 Mk. Einzelnummer 10 Pf. Geschäftsstelle: Kleine Ritterstr. 3.

Neueste Nachrichten für Stadt und Kreis Merseburg

Anzeigenpreis: Für die einspaltige Petitzeile oder deren Raum 30 Pf., im Reklameteil 1,00 Mk., Ziffernanzeigen und Nachweisungen 20 Pf. mehr. Platzvorschrift ohne Verbindlichkeit. Schluß der Anzeigen-Annahme: 9 Uhr vormittags. :—: Telefon Nr. 324. :—:

Nr. 129 — Sonntag, den 15. Juni 1919. — 45. Jahrg.

Was für eine Regierung muß die Entente für Deutschland wünschen?

Von Georg Gothein, deutscher Reichsminister.

Nach englischen Preßäußerungen hat Lloyd George dieser Tage wieder erklärt, die erste Voraussetzung für einen Frieden mit Deutschland sei eine stabile Regierung in Deutschland.

Die alliierten und assoziierten Regierungen müssen sich darüber klar sein, daß eine andere Regierung als das jetzige Koalitionskabinett der drei Mehrheitsparteien für absehbare Zeit in Deutschland nicht möglich ist. Die Unabhängigen sind eine zwar sehr geräuschvolle, aber doch recht kleine Minderheit, und selbst mit allen Mehrheitssozialisten zusammen bilden sie noch lange keine Mehrheit, geschweige mit deren nicht allzu großem linken Flügel, der vielleicht das Unterschreiben als das kleinere Übel ansieht. Damit, daß das Kabinett zurücktrete und durch andere Personen aus denselben drei Mehrheitsparteien ersetzt würde, wäre an der Lage nichts geändert. Und wäre etwa den Alliierten damit gedient, daß eine aus den Unabhängigen hervorgegangene Regierung den Frieden unterschriebe? Sie würde das doch nur mit der ausgesprochenen Absicht tun, ihn nicht zu halten, ihn als einen Fetzen Papier anzusehen.

Die jetzige Regierung ist mit ihren Gegenvorschlägen bis an die äußerste Grenze des Möglichen gegangen; diese aber will sie ehrlich erfüllen. So ungeheuerlich die übernommenen Lasten sind, sie glaubt, daß das deutsche Volk sie tragen kann — vorausgesetzt, daß es sich wieder an ernstes, intensives Arbeiten gewöhnt. Das würde aber mit einem von der Entente erzwungenen Frieden nie der Fall sein; er würde die Quelle ständiger Unruhen sein. Mit der absoluten Hoffnungslosigkeit, sich jemals aus der aufgezwungenen Versklavung zu befreien, würde nicht nur die Arbeitsunlust, sondern das Gefühl der Verzweiflung überhandnehmen, jenes Gefühl, das die alleinige Rettung in der allgemeinen Weltrevolution, in dem Chaos des Bolschewismus sieht. Die Alliierten müßten bei den ausbrechenden Unruhen das Land besetzen; ihre Truppen würden damit der ansteckenden Gefahr des Bolschewismus ausgesetzt sein; und der ist mindestens so ansteckend wie die Grippe.

Ist es der Entente ernst damit, einen dauernden Frieden zu haben, legt sie Wert darauf, daß Deutschland die in der Lansing-Note übernommene Verpflichtung zur Wiedergutmachung erfüllt, so muß sie die heutige Regierungsmehrheit erhalten, die allein in der Lage ist, das durchzusetzen. Dabei mögen sich die Alliierten eins vor Augen halten: Nichts demoralisiert eine Truppe mehr, als die lange Besetzung eines fremden Landes. Nicht die deutsche Front ist zusammengebrochen; sie hat bei der furchtbaren Übermacht an Menschen und Material bis zum letzten Kampftage standgehalten. Zusammengebrochen ist die Etappe in Belgien, Nordfrankreich, Lettland, Litauen, Polen, der Ukraine, Rumänien usw. Das Gefühl, mit unumschränkter militärischer Macht über ein unterworfenes Volk herrschen zu dürfen, tötet die Sittlichkeit. Was heute aus den von Franzosen, Belgiern und Engländern besetzten linksrheinischen Gebieten glaubwürdig berichtet wird, ist ein sicherer Beweis dafür, daß jene Truppen in dem dortigen Capua denselben Zersetzungsprozeß durchmachen wie unsere seinerzeit in der Etappe. Besonders das Offizierkorps fault am raschesten an, und das Beispiel von oben steckt rapid an. Zeugt etwa die Art, wie von französischen Offizieren Losreißungsbestrebungen in den linksrheinischen Gebieten inszeniert werden, von Moral? Ist aber die Achtung vor dem Vorgesetzten dahin, so ist der Boden für den Umsturz geschaffen.

Nichts haben die Alliierten daher mehr zu fürchten, als eine sich lang hinziehende Besetzung deutscher Gebiete. Wir werden ihnen nicht den Gefallen tun, den militärischen Geist durch ernsthafte Kampfhandlungen bei ihnen aufs neue zu beleben. Wir denken nicht daran, ihnen Widerstand zu leisten. Wir wissen sehr wohl, das würde gegenüber der ungeheuren numerischen und materiellen Übermacht eine sinnlose Hinopferung von Menschen sein. Wir wissen aber auch, daß eine langjährige Besetzung Deutschlands oder auch nur großer Gebiete der Entente unlösliche Aufgaben stellen würde. Auch ihre Völker haben den Krieg satt bis zum Halse.

Seitens der Reichsregierung wird das denkbar Mögliche getan, um zu verhindern, daß die in schwerster Sorge um ihr Volkstum bedrückten Deutschen der Ostmark — und die Stimmung dort ist dem Siedepunkte nahe — zu den Waffen greifen. Aber was sie auch tun möge, sie wird dieselben, wenn die Polen versuchen sollten, sich der ihr von der Entente zugesprochenen deutschen Gebiete zu bemächtigen, nicht abzuhalten vermögen, sich mit Waffengewalt zu widersetzen. Ich zweifle nicht daran, daß das auf die Dauer ein vergebliches Ringen sein würde. Aber die Stimmung der Ostmarkendeutschen bis in die Unabhängigen hinein ist nun einmal die: Lieber tot als Pole. Wer polnische Unkultur und polnische Unduldsamkeit kennt, begreift das.

Was aber könnte ein derartig dauernd ruiniertes Deutschland den Alliierten noch nützen? An eine Wiedergutmachung der Privatschäden wäre dann gar nicht mehr zu denken. Frankreich stände damit vor dem Bankerott. Binnen kurzem würde sich dort mit Recht die Wut der Massen gegen die wenden, welche diesen Ausgang herbeigeführt haben, während sie einen ihnen höchst vorteilhaften Frieden haben konnten, einen Frieden, der das Maximum dessen darstellt, was Deutschland leisten kann. Das Gewissen der Welt würde sich gegen die wenden, die aus blinder Rachsucht die Menschheit in das Chaos stürzen, statt ihr den ersehnten Frieden zu bringen.

Als die russische Revolution hereinbrach, sagte mir ein weitblickender Politiker: „Militärisch ein großes Glück für uns, aber ich besorge, daß wir keinen Kontrahenten haben, mit dem wir Frieden schließen könnten.“ Die Alliierten sind im Begriff, sich ebenfalls um diesen Kontrahenten zu bringen.“

Neueste Nachrichten.

Die unannehmbaren „Zugeständnisse“.

Berlin, 14. Juni. Nach hier eingetroffenen Nachrichten aus Versailles ist anzunehmen, daß die Überreichung der Ententeantwort auf die deutschen Gegenvorschläge spätestens morgen erwartet werden kann. Nach den früheren Erfahrungen ist allerdings mit der Möglichkeit zu rechnen, daß auch dieser Termin wieder um eine „allerletzte“ Frist hinausgeschoben wird. Immerhin scheinen unsere Gegner über die Hauptpunkte der uns zu erteilenden Antwort ins reine gekommen zu sein. Wenn diese sich in der Tat auf die „Zugeständnisse“ beschränken sollte, die wir nach einer Pariser Meldung der Daily News gestern zusammengestellt haben, so dürfte unsere Friedensdelegation und mit ihr das deutsche Reichskabinett über die Stellungnahme, die dazu geboten sein würde, keinen Augenblick im Zweifel sein. Wir hätten es danach mit dem im großen und ganzen unveränderten Friedensvertrag zu tun, der für das deutsche Volk und für die deutsche Regierung unannehmbar ist und bleibt. Wie nach dem 7. Mai, herrscht darüber auch jetzt an allen maßgebenden Stellen des Reiches volle Übereinstimmung. Dabei versteht es sich indessen von selbst, daß das Kabinett zu der erwarteten Antwort der Entente erst dann endgültig Stellung nehmen kann, wenn sie uns überreicht sein wird. Bis dahin braucht die Frage, ob wir unterschreiben sollen, ob wir unterschreiben können, ob wir unterschreiben dürfen, nicht entschieden zu werden. In der nächsten Woche aber wird es voraussichtlich soweit sein, daß auf deutscher Seite die letzten Entschlüsse gefaßt werden müssen.

Minister nach Weimar.

Berlin, 14. Juni. Laut „B. P. N.“ sind die führenden Minister der Einzelstaaten telegraphisch nach Weimar berufen worden und zum Teil bereits eingetroffen, um mit der Reichsregierung über die Antwort der Entente zu beraten.

Die Unruhen auf Malta.

Lugano, 14. Juni. Über die Unruhen auf Malta berichtet ein Sonderdrahtgramm des „Secolo“ aus Tripolis: Am 7. Juni begannen infolge eines Zwischenfalles zwischen englischen Offizieren und Maltesern Bürgern ernste Tumulte wegen der Teuerung des Mehles. Die in der Bäckerei herrschende Erbitterung machte sich in der Plünderung einer großen Mühle Luft, wobei englische Marinesoldaten feuerten und sieben Angreifer töteten. Es scheint sich aber mehr um eine politische Bewegung zu handeln, durch welche die Autonomie der Insel erreicht werden soll. Die Lage ist jedenfalls sehr ernst. Ganz Malta wurde militärisch besetzt.

Proteste gegen den Ententefrieden.

Amsterdam, 14. Juni. (Priv.-Telegr.) Aus Kanton wird gemeldet, daß ein allgemeiner Streik aller Arbeiterkategorien ausgebrochen ist. Gegen die harten Friedensbedingungen der Entente, die den Militarismus wieder aufrichten müssen, wird protestiert. Über den chinesischen Teil der Provinz und über Kanton wurde der Belagerungszustand verhängt.

Die ameritanische Friedensarmee.

Washington, 14. Juni. (Priv.-Telegr.) Der Etat für 1920 wurde angenommen und dem Senat unterbreitet. Der Etat sieht eine Armee von 100 000 Mann vor und veranschlagt die Kosten auf 1718 Millionen Dollar.

Unruhen in Zürich.

Zürich, 14. Juni. (Priv.-Telegr.) Der Arbeitersekretär Konrad wurde an der Schweizer Grenze verhaftet und in das Bezirksgefängnis Zürich eingeliefert. Die Menge versuchte das Gefängnis zu stürmen. Die Wachtmannschaften eröffneten das Feuer, das von den Angreifern erwidert wurde. Der Verhaftete wurde von den Gefängnisbeamten freigegeben; bald darauf legte sich der Tumult. Bis nachts 12 Uhr wurden 16 Verwundete in das Bezirksspital eingebracht, von denen bis heute morgen 2 verstorben sind.

Abbruch der diplomatischen Beziehungen zwischen Rumänien und der Ukraine.

Wien, 14. Juni. (Priv.-Telegr.) Die diplomatischen Beziehungen zwischen der Ukraine und Rumänien wurden wegen des rumänischen Überfalles auf Ostgalizien abgebrochen. Der ukrainische Gesandte hat Bukarest verlassen und sich nach Paris begeben.

Proteststreik in Deutsch-Böhmen.

Aussig, 14. Juni. (Priv.-Telegr.) Dem für heute von der deutsch-böhmischen Sozialdemokratie beschlossenen Proteststreik gegen die Vergewaltigung des Selbstbestimmungsrechts durch das Friedensdiktat von St. Germain haben sich sämtliche deutschen bürgerlichen Parteien angeschlossen.

Die Friedensverhandlungen.

Die Antwort der Alliierten.

„Home Libre schreibt: Die Alliierten haben in ihrem Trachten nach Unparteilichkeit und Gerechtigkeit den Friedensentwurf vom 7. Mai derart abgeändert, daß er sich, soweit es möglich war, den deutschen Gegenvorschlägen nähert. Aber die Alliierten haben in ihren fundamentalen Grundsätzen nicht nachgegeben. Der Betrag der Wiedergutmachung, die Deutschland zahlen muß, wird viel früher als 1. Mai 1921 festgesetzt sein. Deutschland erhält die Zusicherung, daß der interalliierte Ausschuß sich keineswegs in die inneren Angelegenheiten Deutschlands mischt. Deutschland wird schrittweise in dem Maße, als es seine Verpflichtungen erfüllt, zum Völkerbund zugelassen werden. Deutschland wird Volksabstimmung in den Gebieten bewilligt, welche den Polen zuerkannt waren. Außerdem werden ihm Zugeständnisse über gewisse Stücke gemacht werden, welche von den Alliierten besetzt werden sollen. Eine Berufung gegen dieses Urteil wird es nicht geben. Wenn die Deutschen nach der einwöchigen Frist, welche ihnen zur Unterzeichnung der letzten ihnen gebotenen Bedingungen gestellt wird, sich weigern, den Friedensvertrag zu unterzeichnen, dann wird das Wort den Ententesoldaten Fochs und der englischen Marine erteilt werden.

Überreichung der Antwort — Sonntag abend oder Montag früh?

Aus Paris wird gemeldet: Clemenceau, Wilson, Lloyd George und Sonnino an Stelle Orlandos arbeiteten morgens und nachmittags die Antwort auf die deutschen Gegenvorschläge aus. Sie überreichten dem Komitee für die Vertragsrevision, das aus Tardieu, Wilson, Lerr, Bauntelli und Samuri zusammengesetzt ist, von 18 Berichten bereits 9. Die Antwort der Entente dürfte Sonntag abend oder Montag früh überreicht werden. Die Deutschen erhalten 8 Tage Zeit für ihre Antwort.

Sieg des Standpunktes Clemenceaus?

Die Pariser Abendblätter bestätigen die völlige Unnachgiebigkeit der Ententeantwort auf die deutschen Gegenvorschläge. Der französische Erfolg wird der festen Haltung der Bevollmacht Clemenceaus zugeschrieben. Deutschland wird in die Gerichtsmacht der Nationen erst nach längerer, vorläufig unabsehbarer Zeit aufgenommen. Von Änderungen in den territorialen Fragen kommt nur noch eine völlig verklausulierte Volksabstimmung in Zeilen von Oberschlesien nach zwei Jahren in Betracht. Was ingwischen mit dem Lande geschehen soll, wird nicht gesagt. Die Festsetzung der Entschädigung ist nicht auf eine bestimmte Summe beschränkt, doch scheint man den deutschen Vorschlag, die Zahlung nach Prozenten dem deutschen Budget abzuleiten, anzunehmen. Über das Schicksal der Rheinlande wird nichts neues mitgeteilt. Die französische Absicht scheint sich auch hier durchgesetzt zu haben. Die Antwort wird spätestens am Sonnabend übergeben werden. Eine Frist von 8 Tagen einschließlich der 3 Tage zur Kündigung des Waffenstillstandes ist für die deutsche Entschließung vorgesehen. Es ist unmöglich, diese Vorschläge zu diskutieren. Unsere Antwort ist schon vor 14 Tagen gegeben worden.

Japan tritt in den Rat der Vier ein.

Versailles, 13. Juni. Makino tritt als Vertreter Japans in den Rat der Vier ein. Der schon fertiggestellte Entwurf der Entente wird einer neuen Revision unterzogen. Zu dieser neuen überraschenden Wendung meldet heute der Pariser Mitarbeiter der „Chicago Tribune“: Makino, der Japan vertritt, wurde in der letzten Minute herangezogen. Damit ist Tatsache geworden, daß der Vertrag neu beraten wird, nachdem er von den großen Mächten schon als abgeschlossen bezeichnet worden ist. Man nimmt nun an, daß der revidierte Vertrag spätestens Sonnabend nacht zur Übergabe an die Deutschen fertig sein wird. Die französischen Zeitungen bringen von dieser schwerwiegenden Tatsache keine Meldung. Dieses Schweigen ist um so auffälliger, da sie von den letzten Arbeiten der Konferenz überhaupt nichts bringen und nur melden, daß der Entwurf der Alliierten wahrscheinlich erst am Sonntag abgehen werde. Sollte die Meldung der „Chicago Tribune“ in diesem vollen Umfange zutreffen, so würde sie bedeuten, daß Lloyd George einen Erfolg über Clemenceau errungen hat. Es ist bekannt, daß Japan seit dem Augenblick ein größeres Interesse für die europäischen Fragen zeigt, wo die Entente den russischen Admiral Kolchak anerkannt hat.

Orlando wieder abgereist.

Aus Versailles wird gemeldet: Ohne daß eine Einigung über Fiume erzielt worden ist, ist Orlando nach Rom abgefahren, als er sah, daß durch das Dazwischentreten Japans neue Beratungen und neue Meinungsverschiedenheiten entstanden sind. Außerdem ist die italienische Arbeiterbewegung, die nicht abzuflauen beginnt, dem italienischen Premierminister wichtiger als die Reden und das Feilschen über Oberschlesien. Wie Orlando von Paris fortging, ist brüsk genug. Auf weitere Verhandlungen verzichtete er. Er wünschte nur noch eine genaue Ausführung des Londoner Vertrags, den Amerika aber unglücklicherweise nicht anerkennt. So ist auch die italienische Frage nach wochenlangen Meinungskämpfen so wie am Anfang.

Die Resolution des Senators Knock.

In den „Times“ vom 11. Juni faßt der New Yorker Korrespondent des Blattes die fünf Bedingungen der Resolutionen des Senators Knock, unter denen allein der Friedensvertrag für den Senat der Vereinigten Staaten annehmbar sein würde, folgendermaßen zusammen:

1. Die Vereinigten Staaten sind in den Krieg gezogen, um gegen Beleidigungen, die von Deutschland der amerikanischen Regierung angetan wurden, aufzutreten, und das einzige Ziel der amerikanischen Regierung beim Friedensschluß ist, das durchzusetzen, was die Vereinigten Staaten zur Teilnahme am Kriege veranlaßte.

2. Kein Friede, der auf eine Abänderung der Verfassung der Vereinigten Staaten hinausläuft, würde für den Senat der Vereinigten Staaten annehmbar sein.

3. Der Friedensvertrag muß vom Völkerbund losgelöst werden, und an die Stelle des Völkerbundes muß ohne Präjudiz eine Kommission gesetzt werden, bis zu einem Zeitpunkt, wo der Völkerbund ernstlich vorbereiten werden kann.

4. Die drei oben erwähnten Einschränkungen bezwecken, den tatsächlichen Friedensschluß zu erleichtern, und werden keinen Einfluß auf den Völkerbund haben, der einer späteren Beratung überlassen wird.

5. Der Senat spricht sich für eine Erklärung der Vereinigten Staaten aus, daß jede Kombination von europäischen Mächten, die geeignet ist, den Frieden der Welt zu bedrohen, auch in den Vereinigten Staaten ernste Besorgnis erwecken würde, und daß die Vereinigten Staaten in einem solchen Falle entsprechende Schritte tun würden, um zu verhindern, daß sie in einen neuen Weltkrieg verwickelt werden.

Nach einer Neuterveröffentlichung aus Washington ist die Resolution von Knock als offizielle Mitteilung an die Friedenskonferenz gedacht, daß der Senat gegen die Ratifizierung des Friedensvertrages in seiner jetzigen Form Einspruch erheben werde.

Neue Anregungen praktischer Art werden in Erwägung gezogen....

Versailles, 14. Juni. Wie „Temps“ meldet, prüfte der Viererrat gestern vormittag die letzten Berichte der Ausschüsse bezüglich der Antwort, welche den deutschen Gegenvorschlägen erteilt werden soll. Der allgemeine Sinn dieses Dokuments entspricht genau dem Inhalt des Briefes, den Clemenceau am 10. Mai an Brockdorff-Rantzau richtete und in dem er erklärte, die alliierten und assoziierten Mächte hätten sich bei Festsetzung der Vertragsbestimmungen häufig von den Grundsätzen leiten lassen, nach denen der Waffenstillstandsvertrag und die Friedensverhandlungen vorgeschlagen worden sind. Sie könnten keinerlei Erörterungen ihres Rechts zulassen, die grundsätzlichen Friedensbedingungen, so wie sie dieselben festgesetzt haben, aufrecht zu erhalten, sondern nur Anregungen praktischer Art in Erwägung ziehen.

Die Antwort der Alliierten.

Paris, 14. Juni. Reuter.) Der Friedensvertrag wird vollständig neu geschrieben und gedruckt. Er enthält die Erläuterungen, die in der Antwort über die Gegenvorschläge enthalten sind, wird also, während er in seinen Grundsätzen unverändert bleibt, doch tatsächlich ein neues Dokument sein. Der Vertrag wird am Tage der Überreichung oder einen Tag später veröffentlicht werden.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-60787691319190615-19/fragment/page=0001

Erbitterter Kampf um den Friedensvertrag in Amerika.

Amsterdam, 14. Juni. Nachrichten aus Washingtonzu zufolge wird ein äußerst erbitterter Kampf über den Antrag des Senators Knox, in dem die Abtretung des Friedensvertrages vom Völkerbundvertrag gefordert wird, erwartet.

Die Generalstreikpropaganda in Frankreich.

Bern, 13. Juni. Laut Nachrichten in der französischen Presse hat die von der Confederation Generale du travail neu eingeleitete Propaganda-Woche begonnen. In allen Städten des Landes finden große Gewerkschaftsversammlungen statt, in denen für den Generalstreik geworben wird. Die Arbeiter werden aufgefordert, im Fall einer Mobilisation dem Aufgebot keine Folge zu leisten. In einer Versammlung in Corbeil teilten die Delegierten mit, daß die englischen und italienischen Gewerkschaften die gleichen Maßregeln empfehlen.

*

Wie „Populaire" meldet, haben die Delegation des Vollzugsausschusses der Sozialistenpartei Frankreichs und der Verwaltungsausschuß der Confederation Generale du travail nach zweitägigen Unterhandlungen die Tagesordnung angenommen, in der sie erklärten, daß unter voller Wahrung seiner Autonomie und Unabhängigkeit jeder der beiden Organisationen eine durch die Lage gebotene Parallelaktion von beiden Organisationen geführt werden soll. Besonders im Hinblick auf die bevorstehende Konferenz französischer, italienischer, englischer und belgischer Arbeiterorganisationen werde die französische sozialistische Parteikonferenz gemeinsam mit den verschiedenen Vertretern der Länder der Internationale Kundgebungen veranstalten.

„Liberte" meldet, daß die Delegation des Transportarbeiterverbandes Clemenceau über die Gründe und Ursachen der Streiks und der Arbeiterbewegung unterrichtet wird. Die Streikbewegung unverändert fort. „Populaire" glaubt, daß die französische Regierung einen Polizeistreich vorbereitet, warnt die Arbeiterschaft vor Lockspitzeln und verkappten Agenten und fordert sie zur Kaltblütigkeit auf.

*

Einstellung der Lebensmitteltransporte nach Polen.

Wie aus Danzig gemeldet wird, machte der polnische Generalbelegierte für die amerikanischen Lebensmitteltransporte nach Polen dem Warschauer Verkehrsministerium die telegraphische Meldung, die Eisenbahndirektion Danzig habe der polnischen Lebensmittelkommission mitgeteilt, daß wegen der systematischen Nichterfüllung der Vertragsbedingungen durch die polnische Regierung, bestehend in der Nichtzurücksendung der leeren Güterzüge, der Güterzugsverkehr mit Lebensmitteln nach Polen eingestellt werden muß, desgleichen droht die amerikanische Kommission mit der Unterbrechung der Transporte. Die Amerikaner hätten bereits einen ungünstigen Bericht über die Desorganisation der polnischen Eisenbahnen nach Paris gesandt, mit der Erklärung, unter solchen Umständen nicht weiter arbeiten zu können. Acht große Schiffe mit Lebensmitteln liegen im Danziger Hafen. Der Generalbelegierte fordert von dem Warschauer Verkehrsministerium dringende Abhilfe.

Ein polnisch-tschechisches Waffenbündnis?

Nach einer Pariser Informationsmeldung sind gegenwärtig Verhandlungen im Gange zwischen der polnischen und tschechischen Regierung zum Zwecke des Abschlusses eines Waffenbündnisses. Die Präsidenten der beiden Republiken hatten hierzu Besprechungen in Prag geführt.

Politische Übersicht.

Zur Lage in Italien.

Bern, 14. Juni. Die allgemeine Unzufriedenheit in Italien, der zumeist Lebensmittelknappheit zugrunde liegt, hat zu weiteren Störungen geführt. In Genua ruht das gesamte öffentliche Leben. Es kam zu Zusammenstößen, wobei es Tote und Verwundete gab. Besonders starke Unruhen wurden aus Spezia, sowie ernste Unruhen aus allen ligurischen Industriestädten gemeldet, die sich in Sympathiekundgebungen für Sowjet äußern. Der Streik der Lehrerschaft hat sich über ganz Italien ausgedehnt. Die Unruhen in La Valette (Malta) sollen sich in erster Linie gegen die Herrschaft der Engländer richten. Bei Gelegenheit von Umzügen erklangen die Rufe: „Nieder mit der englischen Herrschaft!"

Rußland und die Alliierten.

Versailles, 14. Juni. Wie schon gemeldet, hat der oberste Rat gestern folgendes Telegramm an Admiral Kolschak gerichtet: Die alliierten und assoziierten Mächte bestätigen den Empfang der Antwort Kolschak auf ihre Note vom 26 Mai und freuen sich über den Ton dieser Antwort, welche mit den Vorschlägen der Alliierten übereinstimmend alle bestehenden Verschwörungen für die Freiheit der Selbstregierung und den Frieden des russischen Volkes und seiner Nachbarn zu entnehmen scheint. Sie sind demnach gewillt, Admiral Kolschak mit seinen Alliierten die vorgeschrene Unterstützung zu geben.

Deutschland.

— **Der Steuerzuschlag in Berlin.** Wie verschiedene Blätter wissen wollen, wird damit gerechnet, daß in Berlin der städtische Steuerzuschlag auf dreihundert Prozent kommt.

— **Generalfeldmarschall von Hindenburg** wurde von der Stadt **Kolberg** zum Ehrenbürger ernannt.

— **Die Unabhängigen auf der Suche nach einer Prätorianergarde.** Wie das „Stuttgarter Tagebl." erfährt, haben auch in Württemberg die Unabhängigen versucht, die Sicherheitskompanien ins unabhängige Lager hinüberzuziehen. Diese haben es aber grundsätzlich abgelehnt, sich von den Unabhängigen irgendwie bestechen zu lassen.

— **Verbot der „Leipziger Volkszeitung".** Die „Leipziger Volkszeitung" ist wegen eines Feuilletonaufsatzes „Standrechtlich erschossen" in der Nummer vom Mittwoch, durch den Kommandeur der hiesigen Regierungstruppen, General Hüter, bis auf weiteres verboten worden.

Keine Gefahr eines Staatsbankerotts.

Reichswehrminister Noske hat in seiner Rede auf dem sozialdemokratischen Parteitag vom Staatsbankerott gesprochen. Im sächsischen Finanzministerium glaubt man nicht an die Notwendigkeit des Staatsbankerotts weder für die Einzelstaaten noch für das Reich. Selbst wenn sich außergewöhnliche Finanzmaßnahmen erforderlich machen sollten, würde man ohne weiteres an die außerordentlich schwierigende Frage des Staatsbankerotts nicht zu denken brauchen, sondern vorher mit anderen Maßnahmen auszukommen versuchen, z. B. mit der Herabsetzung oder der zeitweiligen Aussetzung der Verzinsung der Kriegsanleihen und ähnlicher Papiere.

Aufhebung der Räte in Württemberg.

Laut „Lokal-Anzeiger" erklären bei Beratung des Übergangsgesetzes im württembergischen Landtag die bürgerlichen Parteien, daß, nachdem die württembergische Verfassung verabschiedet sei, die Einführung von Betriebsräten sichergestellt sei und die Erneuerung der Gemeindevertretungen durch Neuwahlen stattgefunden habe, die Aufhebung der Arbeiter-, Bauern- und Soldatenräte dringend geboten sei. Bei der Abstimmung wurden die auf diese Räte bezüglichen Artikel gegen die Stimmen der Sozialdemokraten abgelehnt. Danach haben die Räte in Württemberg keine gesetzliche Grundlage mehr.

Die Beisetzung Rosa Luxemburgs.

Am Freitag wurde die Leiche Rosa Luxemburgs im Berliner Friedrichshain an der Seite Karl Liebknechts beigesetzt. Am Vormittag wurde die Leiche aus dem Schauhause in der Hannoverschen Straße abgeholt. Etwa 100 Personen als Beauftragte der kommunistischen Partei holten die Leiche zur Überführung nach dem Friedrichshain. Unter den Kränzen befand sich ein solcher der Sowjetregierung sowie des holländischen Proletariats. Im Friedrichshain selbst hatte sich eine große Trauerversammlung eingefunden. Die Beteiligung der Groß-Berliner Arbeiterschaft an der Beerdigung war außerordentlich groß. Die Führer der Unabhängigen und Kommunisten waren vollzählig erschienen, ferner Abordnungen der Unabhängigen und Kommunisten mit Kränzen aus Magdeburg, Düsseldorf, Leipzig, Bremen, München usw. Der Leichenzug bewegte sich unter Vorantritt von Musikkapellen zum Friedhof, wo mehrere Ansprachen gehalten wurden. Auf dem Friedhof selbst wurden immer nur Deputationen von vier Mann eingelassen, trotzdem mögen etwa 4000 Personen auf dem Friedhof gewesen sein. Am Grabe widmete der Kommunistenführer Dr. Levi den Toten Abschiedsworte seiner Partei. Dann wurde Rosa Luxemburg unmittelbar neben dem Grabe Liebknechts beerdigt. Zwischenfälle haben sich, soviel wir bis zur Stunde feststellen konnten, nirgends ereignet. Zu einem allgemeinen Ausstand der Arbeiter und zu einer Kundgebung des Protestes ist es nicht gekommen.

Auch im Reiche ist die Streikbewegung der Unabhängigen nur zum Teil befolgt worden. So haben in Frankfurt a. M. zahlreiche Geschäfte ruhig weitergearbeitet. Am Donnerstag abend erschienen Vertreter des Arbeiterrates beim Generalintendanten der städtischen Theater und forderten ihn auf, die Vorstellungen abzusagen. Der Generalintendant lehnte das aber ab. Infolgedessen wurde im Opernhaus und Schauspielhaus gespielt, und auch die Privattheater schlossen sich dem nicht an. Die Schriftsetzer hatten dem Streikruf keine Folge geleistet, so daß die Zeitungen am Freitag früh erschienen. Mittags konnten jedoch keine Zeitungen herausgegeben werden, weil die Buchdrucker durch Mitglieder des Arbeiterrates der Unabhängigen und der Kommunisten zur Arbeitseinstellung gezwungen wurden. Während einer großen Protestversammlung auf dem Römerberg drangen mehrere Mitglieder des Arbeiterrates auch in den Dom ein und zwangen die Küster, mit sämtlichen Glocken als Trauergeläuten für Rosa Luxemburg zu läuten.

In Halle haben sich größere Kreise der Arbeiter am Streik beteiligt. Die Fabriken der Metallindustrie feierten in der Hauptsache.

In Hamburg wurde auf einigen Werften überhaupt nicht gearbeitet, auf den anderen nur zum Teil. In den Betrieben der Eisenindustrie war zum größten Teil die Belegschaft zur Arbeit nicht erschienen. Die Straßenbahnangestellten beteiligten sich ebenfalls an der Kundgebung infolgedessen mußten die Straßenbahne und Hochbahn den Betrieb einstellen. In Jena ist der Aufforderung der dortigen Ortsgruppe der kommunistischen Partei an die Arbeiterschaft, die Arbeit ruhen zu lassen, fast völlig unbeachtet geblieben. In den Fabriken und gewerblichen Betrieben wurde weiter gearbeitet. Auch der Verkehr blieb ungestört. Die Protestkundgebung des Aktionsausschusses der sozialdemokratischen Parteien vor zwei Tagen gegen die Erschießung Leynes blieb ebensalls hinter den Erwartungen der Veranstalter zurück. Offenbar ist die Streiklust unter der Jenaer Arbeiterschaft stark abgeflaut.

*

Vor einem neuen Putsch der Unabhängigen.

Streik des Hilfspersonals der Berliner Zeitungen.

Berlin, 14. Juni. Infolge von Lohndifferenzen zwischen den hiesigen Druckereien und ihrem gesamten Hilfsarbeiterpersonal können die großen Berliner Zeitungen nicht erscheinen, obschon das Setzerpersonal sich nicht am Streik beteiligt. Das Hilfspersonal der „Freiheit" streikt nicht, so daß dieses Organ der Unabhängigen weiter erscheint. Es liegt deshalb die Annahme vor, daß der Streik von den Unabhängigen inszeniert worden ist und daß er der Anfang einer größeren Aktion wird, deren Vorbereitung mit den Besprechungen, die nach dem von Moskk auf dem sozialdemokratischen Parteitag gemachten Mitteilungen zwischen Barth und Offizieren der Freiwilligenkorps gepflogen worden sind, in Zusammenhang steht. Auch die Vorgänge in Braunschweig lassen darauf schließen, daß wieder etwas im Gange ist. Es wird sich bald zeigen, ob die Streikbewegung auf Berlin beschränkt bleiben oder andere Städte in Mitleidenschaft ziehen wird. Die Berliner Verleger scheinen diesmal fest entschlossen, die Forderungen der Arbeiter nicht zu bewilligen.

Neue spartakistische Putschversuche in Braunschweig.

Braunschweig, 14. Juni. Wie die Kommandantur mitteilt, gingen ihr seit einiger Zeit Nachrichten zu, die besagten, daß die kommunistische Partei beabsichtige, mit allen Mitteln, letzten Endes gewaltsam, sich der Herrschaft im Lande zu bemächtigen. Die Nachrichten finden Bestätigung durch die gleichen Wahrnehmungen in den Hauptsitzen des Kommunismus in Norddeutschland. In den letzten Tagen verdichteten sich die Meldungen dahin, daß in erster Linie Braunschweig für einen kommunistischen Putschversuch in Aussicht genommen worden sei, insbesondere wurde gemeldet, daß bewaffnete Matrosenabteilungen aus mehreren kommunistischen Plätzen des Nordens als Eingreifende nach Braunschweig in Marsch gesetzt worden seien. Eine Abordnung des Bahnhofes lieferte die Bestätigung dieser Nachrichten. Am 11. Juni wurde sogar eine spartakistische Bahnhofskontrolle durch Matrosen und andere Elemente ausgeübt. Auf keinen Fall konnte die Kommandantur diesem Treiben und dem hochverräterischen Zusammenziehen spartakistischer Kräfte untätig zusehen. Sie veranlaßte die Auflösung der gestern abend stattgefundenen Zusammenkünfte in der Absicht, alle Persönlichkeiten, die nachweisbar an Vorbereitungen beteiligt sind, festzunehmen und den ordentlichen Gerichten zu übergeben.

Sozialdemokratischer Parteitag.

Zu Beginn der Sitzung am Freitag stellt der frühere clüssische Abgeordnete Cumel die Forderung auf, daß der Parteitag sich vorläufig in Politik nicht mehr einmischen möchte, damit er das Vertrauen der Arbeit zu der Antwort der Entente Stellung nehme. Es handle sich um sehr wichtige Fragen unseres Volkes und man müsse vielleicht mit einer Volksabstimmung rechnen. Daher sei das Verlangen des Parteitages, hier mitzureden, nicht unbillig. (Zustimmung und Widerspruch.) Vorsitzender Schulz: Wir können über diesen Antrag Beschlüsse fassen, jedoch wir sehen, was aus dem Gebiete jener auswärtigen Politik vor sich gegangen ist. (Allseitige Zustimmung.) Der Antrag Göttingen, der den Rücktritt der sozialistischen Mitglieder aus der Reichsregierung fordert und im einzelnen ausführt, weshalb der Parteitag mit ihrer Politik nicht einverstanden ist, wurde zurückgezogen. (Beifall.) Gegen wenige Stimmen wurde ein

Vertrauensvotum für den Parteivorstand

und für die sozialdemokratischen Mitglieder der Reichsregierung angenommen. Die Entschließung lautet:

„Der Parteitag bereut nicht, daß unter der Regierung manches geschehen ist, was berechtigten Unmut erweckt hat, und daß manches unterblieben ist, besser Ausführung bringend notwendig gewesen sei. Aber diese Fehler und Unterlassungen sind nicht entsprungen dem Mangel an Einsicht und Tatkraft oder an gutem Willen, sondern waren die Folgen schwieriger Verhältnisse, die zu bezwingen bisher nicht gelungen ist. Der Parteitag spricht deshalb trotz der zu tadelnden Vorkommnisse seinen in der Regierung arbeitenden Genossen volles Vertrauen aus. Er erkennt das hohe Maß von Selbstverleugnung an, das sie bewiesen haben durch Übernahme der Regierung in der Zeit höchster Bedrängnis und fährmdster Zerrissenheit des Reiches nach innen und außen. Er dankt ihnen auch für die Hingabe, mit der sie gearbeitet haben, obwohl sie selbst durch den Erfolg ihrer Arbeit nicht befriedigt sein konnten. Der Parteitag erkennt der Regierung kräftige Unterstützung zu bei Durchführung aller Maßnahmen, die zur Verwirklichung unserer Parteiziele und damit zum Wohle des gesamten Volkes ergriffen werden. Die gewaltige Mehrheit des deutschen Volkes wird hinter der Regierung stehen, wenn sie ohne Zaudern und Schwanken die Verwaltung demokratisiert, das Verhältnis von Schule und Kirche zum Staat im Sinne unseres Programms ordnet, im Heerwesen die erforderlichen Reformen durchführt und im Wirtschaftsleben die grundlegenden Änderungen trifft, die den Forderungen der Möglichkeit der Zeit entsprechen. An die Parteigenossen im Lande richtet der Parteitag die Mahnung, bei Bewertung aller Vorkommnisse stets nur von den festgestellten Tatsachen auszugehen und den Verhältnissen zu erkennen, die von verantwortungslosen Parteien geübt werden, unsere Partei und ihre Vertreter in der Regierung in den Augen des Volkes als unwürdig des Vertrauens erscheinen zu lassen."

Darauf wurde über die

Einigungsentschließung

abgestimmt. Ein von dem linken Flügel der Partei gestellter Antrag, nicht den Parteivorstand, sondern eine besondere Kommission mit den Verhandlungen mit den Unabhängigen zu betrauen, wurde gegen eine kleine Minderheit abgelehnt. Ein Antrag, der dem Wunsch nach einer Einheitsfront des klassenbewußten Proletariats Deutschlands Ausdruck gibt und seine Bereitwilligkeit erklärt, in Verhandlungen zur Einigung mit den Unabhängigen auf der Grundlage des Erfurter Programms einzutreten, sobald die Unabhängigen die Grundsätze der Demokratie restlos anerkennen und jede Gemeinschaft mit den mit den Mitteln des Putschismus und unter Verwerfung aller demokratischen Grundsätze arbeitenden Kommunisten aufgegeben haben, wurde mit großer Mehrheit angenommen.

Merseburg und Umgegend.

14 Juni.

(Weitere Lokalnachrichten siehe auch Beilage.)

† **Bürodirektor Schütze.** Nach längerem Leiden ist am Freitag der Bürodirektor der Provinzialverwaltung Max Schütze hier gestorben. Mit ihm scheidet ein Mann von vielseitigem Können aus dem Leben, der sich in weiten Kreisen der Bürgerschaft allgemeiner Beliebtheit erfreute. Vor allem genoß er in der Beamtenschaft der Provinzialverwaltung großes Vertrauen. Seine hervorragenden Fähigkeiten und sein zielbewußter, zäher Arbeitswille ließen den Verstorbenen bis zur bevorzugten Stelle eines Bürodirektors hinaufwirken, wo er lange Jahre seine geschätzte Kraft in den Dienst der Provinzialverwaltung stellte. Seine Liebenswürdigkeit und Gerechtigkeit wurden besonders geschätzt. Möge er in Frieden ruhen!

** **Der Kirschenpreis.** Die Provinzialstelle für Gemüse und Obst hält, wenn Obstbesitzer und Pächter an der Erzeugungsstätte Kirschen in kleinen Mengen, insbesondere in Dölen, abgeben, den Preis von 5 ℳ je Pfund zum Erzeugerpreise (Richtpreise) für angemessen und ausreichend.

** **Der Reichsbund der Kriegsbeschädigten,** Kriegsteilnehmer und Hinterbliebenen, Ortsgruppe Merseburg, hielt am 12. d. M. im Tivoli eine gut besuchte Monatsversammlung ab. A. u. referierte Kamerad Witschel über die Invalidenrente und zugleich verwerfliche Mißwirtschaft auf dem Bezirkskommando Weißenfels. Wir hoffen, daß baldigst Abhilfe geschaffen wird. Es machte sich erforderlich, an Stelle des ersten Kassierers, welcher leider durch seine Verwundung verhindert ist, diesen Posten weiter zu bekleiden, einen neuen zu nehmen. An dessen Stelle rückte der zweite Kassierer, Kamerad Wiesemann, auf, welcher auch von der Versammlung seiner Tüchtigkeit halber gewählt wurde. An seine Stelle wurde K. Ostmann gewählt. Gleichzeitig wurden noch 6 Fürsorger für die Hinterbliebenen und 3 Kameraden, die die Kontrolle in der Kriegsfürsorge zu übernehmen, einstimmig gewählt. Auch wurde eine Begräbniskasse gegründet, welche sich eines reichen Zuspruches erfreut. Unter Punkt „Verschiedenes" wurden die hiesigen Behörden wieder einmal tüchtig kritisiert, da sie immer noch nicht die weiblichen Hilfskräfte entlassen haben. Hierzu wird noch später Stellung genommen. Beratungsstelle ist von jetzt ab Mittwochs von ½8 Uhr ab im „Alten Dessauer". Schluß der Versammlung 11 Uhr.

O. B.

** **Die 3. Ziegenschau und Lämmermarkt** des Verbandes der Ziegenzuchtvereine des Kreises Merseburg findet am Sonntag von 12 bis 3 Uhr nachmittags im „Neuen Schützenhaus" hier statt. Die Anmeldungen sind sehr zahlreich eingegangen, so daß die Schau wieder eine sehr interessante und vor allem reichhaltige zu werden verspricht. Interessenten sei der Besuch der Schau besonders warm empfohlen.

** **Tivoli-Theater.** Gestern abend ging der lustige Schwank „Wo die Liebe hinfällt —" der neuen Firma Eugen Burg und Otto Härting über die Bretter. „Wo die Liebe hinfällt —" ist ein Schwank, der bei seiner harmlosen Lustigkeit ein paar vergnügte Stunden bereitet. Die Handlung spielt in der Wohnung eines jungen Ehepaares. In ersterer spielt wird aus diesem friedlichen Heim, das schon den Vater der jungen Frau beherbergt, ein kleiner Fremdenhof. Ein Freund, von einer Nordpolexpedition zurück, erscheint zu Besuch, eine alte Liebe des jungen Ehegatten, eine Operettendiva, ein neurastheenischer Onkel aus Brasilien — alle treffen fast zu gleicher Zeit ein. Das Herbe an der Überfüllung der freundlichen Wohnung ist nun, daß der junge Ehemann mit der Soubrette geschieden ist — seiner Frau hat er natürlich von „erster Liebe" und ewiger Treue gesprochen. Sein Freund, der Nordpolfahrer, führt die junge Schöne — die auch seine Liebe war — als Kousine ein. Die Situation wird noch lustiger, als der Onkel die sesche Kousine als seine — geschiedene Frau „reklamieren" muß und der alte Schwiegervater ihres ersten Mannes sich mit ihr — verlobt. Ihre „reiche" Liebe bleibt also in der Verwandtschaft; sie bringt es fertig, die Schwiegermama in spe ihres ersten Gemahls zu werden. Die übliche Hintertreppenromantik, von den Herren Burg und Härting aber sehr geschickt aufgemacht. Der letzte Akt bringt die übliche Entwirrung der geschlungenen Knoten, der vielen Täuschungen und die allgemeine Versöhnung. Die Ausführung war vortrefflich. Walter Meyder den Freiherrn v. Zerbst-Ringelbühl-Hoheneich gab, schien einen besonders guten Abend zu haben, er war so recht in seinem Element, seine Rolle war erheiternd in Haltung und Mienenspiel. Friedel Conrad, als seine Tochter Thea, spielte die junge Frau mit viel Anmut. Viel Beifall hatte auch Wilhelm Dammann als Karlheinz Schelper. Der Humor wächst bei dieser Rolle ganz natürlich aus dem Charakter und der Situation. Der nervöse Onkel Klaus des Hermann de Val, der auch die Regie leitete, war von ergötzlicher Komik. Besonderes Lob gebührt oder Hanne Gynaul, die die vielgeliebte Bella, die geschiedene, geliebte, wieder geschiedene und nochmals verlobte Operettendiva sehr gut interpretierte. Erwin Schoengardt weiß Gestalten, wie den Emil v. Bock überzeugend zu geben, nicht minder verdienstvoll zeigte sich Carl Gebhardt (Sing: Cavalotti) dem ganzen an. Elsa Walter und Willi Herre, die in kleinen Rollen gefielen, waren, gaben ebenfalls ihr Bestes. Der anhaltende Beifall während des ganzen Abends, der sich bis zum Schluß steigerte, bewies den guten Eindruck, den das schelmische Stück und die Künstlerschar hinterließen. Es wurde so viel und so herzlich gelacht, daß es selbst Friedel Conrad nicht leicht wurde, in einer Schmalz- oder Entwicklungsszene an der biedischsentimentalen Grenze ein paar Tränen schwer, ernst zu bleiben. Das Haus war — wie oft müssen wir klagen: leider — sehr schwach besucht.

** **Öffentlicher Vortrag von Kapitän König.** Der Vortragende ist bekanntlich durch die glänzende Führung des Handelsl-Bootes Deutschland, das im Sommer 1916 zur Überraschung der ganzen Welt eines Tages in Amerika erschien, um dort hochwichtige Nachrichte für uns zu holen. Trotzdem England eine ganze Flotte von Fahrzeugen aufbot, um das U-Boot abzufangen, gelang die glückliche Heimfahrt in nur 23 Tagen. „Deutsche Technik und deutscher Wagemut feierten einen glänzenden Sieg . . ." (Telegramm des Reichskanzlers). Die Kommandant des U-Bootes, mit seinen vorzüglichen Führern und Mannschaften war ein Festtag für ganz Deutschland. Auch die neutrale Presse stimmte in den Jubel ein, selbst die Feinde konnten ihre Hochachtung nicht verlagen. — Die Leser unseres Blattes werden sich nicht die Gelegenheit entgehen lassen, den berühmten Führer des U-Bootes am Mittwoch abend im Tivoli zu hören.

** **Tivoli-Theater.** Sonntag geht zum ersten Male die reizende Operette „Die Schützenliesel" von Edmund Eysler, dem beliebten Wiener Walzerkomponisten, in Szene. Die wird die Operette „Die Schützenliesel" wiederholt.

*

Wohin gehen wir am Sonntag?

Konzerte finden nachmittags und abends im „Neuen Schützenhaus" statt.

Unterhaltungsmusik im „Schloßgarten", Ball: „Neues Schützenhaus", „Felschlößchen", „Strandschlößchen", „Funkenburg", in Göltzsch, Knapendorf, Spergau, Geusa und Freyßk.

Vergnügen: Buchdrucker-Verein „Gutenberg" im Kaffeehaus Meuschau, B.-B. „Germania" in Atzendorf, „Eintracht" in Nebschütz, „Flora" in Lößig, Militär-Verein Trebnitz, G. V. F. in Rössen, Radf.-V. „Concordia" in Leuna, Arbeiter-Radf.-V. „Frisch auf" im „Fürstlichen Hof".

*

Für unsere Hausfrauen!

(Lebensmittelkalender für Sonntag den 15. Juni.)

Ausgabe: Grützwurst von 7½—9½ Uhr bei Rudolph, Clobicauer Straße 6, Nr. 1—500, Lehmann, Dammstr. 6, Nr. 4001—4500, Schubert, Burgstr. 16, Nr. 9001—9800, Staacke, Neumarkt 38, Nr. 12 001—12 500.

---

g. **Raßnitz,** 14. Juni. Die Verpachtung der Grasnutzungen der hiesigen Gemeinde hatte eine große Zahl Pachtliebhaber zusammengeführt. Es wurden auch hier Preise geboten, die bis jetzt für derartige Zwecke nicht gekannt wurden. Für Parzellen von etwa ¼ Morgen Größe wurden 200 ℳ und darüber bezahlt und für solche von einem Morgen bis 700 ℳ.

g. **Aus dem Osterzeile,** 14. Juni. Die Wilddiebereien, welche in den hiesigen Jagdrevieren während des ganzen Winters überhand genommen hatten, haben leider noch immer Anhänger bis in die jetzige Zeit hinein gefunden; denn täglich wurden in Lochauer Feldmarken Wilderer bei Ausübung ihres unsauberen Handwerks beobachtet und dem Jagdaufseher des betreffenden Reviers ist es auch gelungen, einen Wilderer bei der Tat abzuschießen, ihm die Schußwaffe, ein Messer und Munition abzunehmen und die Personalien festzustellen, so daß er seiner Bestrafung entgegensieht.

§ **Schkeuditz,** 13. Juni. Die Verpachtung von 29 Morgen städtischen Wiesen, Gräben und Schupstreifen hatte eine überaus große Zahl von Pachtlustigen zusammengeführt. Es wurden wieder jedenfalls hohe Preise geboten. Im vorigen Jahre 100 Prozent stiegen die Gebote und es war ein förmliches Wettbieten, nur um ein Pachtstück zu erhalten. Die Steigerung möge in zwei Beispielen vor Augen geführt sein: Bisheriger Pachtpreis 220 ℳ, jetzt 1600 ℳ, bisher 335 ℳ nun 1800 ℳ. — Die Frage, ob Not dazu treibt, um die zahlreichen, jetzt vorkommenden Diebstähle an Obst zu rechtfertigen, wird treffend widerlegt durch ein Hausuchung, die bei jenen zwei Dieben vorgenommen wurde, die letzten Sonntag hier in so unverschämter Weise beim Gärtnereibesitzer Schernig den Einbruch vollführten. Beide bewohnen elegante Wohnungen in Leipzig-Gohlis, in herrschaftlichem Hause, an Miete zahlt Hugo Richter, der von Beruf Kleischer ist, 1100 ℳ, sein Mitschuldiger ist ein Schlosser Heinrich Oelsner. Beiden konnten noch vier Diebstähle nachgewiesen werden, u. a. haben sie dem

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-60787691319190615-19/fragment/page=0002

Ziegendiebstahl beim Gastwirt Jarschel und den Schweinediebstahl bei Thomas, Nordstraße auf dem Gewissen.

Mücheln und Umgegend.

14 Juni.

§ Amsdorf, 14. Juni. Bei der gestern stattgefundenen Holzauktion wurden Angebote abgegeben, die an Höhe kaum noch zu übertreffen sind. Für 3 Raummeter Schelte wurden durchschnittlich 130 ℳ geboten.

§ Gotterstedt, 14. Juni. Bei der diesjährigen Kirchenverpachtung wurde ein Erlös von 105 875 ℳ gegen 63 482 ℳ im Vorjahre erzielt. 90 Zentner zu je 30 ℳ muß der Pächter an die Gemeinde abliefern.

§ Rostleben, 14. Juni. Der Handelsmann Franz Dölzner war vor einigen Tagen damit beschäftigt, eine Fuhre Holz aus dem Walde zu holen. Durch Unvorsichtigkeit geriet dabei sein etwa 10jähriger Sohn unter den Wagen und beide Räder rollten dem bedauernswerten Kinde über die Beine.

Wetterwarte.

B. W. am 15. 6.: Noch zeitweise heiter, doch vielfach wolkig, Gewitterregen, dann Abkühlung. — 16. 6.: Wolkig, kühler, keine oder geringe Niederschläge.

Theater und Musik.

b Stadttheater Halle. (Spielplan vom 15. bis 21. Juni.) Sonntag 3½ Uhr nachmittags „Beliebe", 7½ Uhr abends „Der Zigeunerbaron". Montag 7½ Uhr „Undine". Dienstag 7½ Uhr „Rheingold". Mittwoch 7½ Uhr „Kümmelblättchen". Donnerstag 7½ Uhr „Martha". Freitag 7½ Uhr „Wilhelm Tell". Sonnabend 7½ Uhr „Der Zigeunerbaron".

Briefkasten der Redaktion.

B., Naumburger Straße. Wir haben uns in der Angelegenheit bei maßgebenden Stellen erkundigt und werden im Interesse unserer Stadt bezw. der Bewohnerschaft von Ihrem Schreiben keinen Gebrauch machen. Uns steht, wenn auch vielleicht erst in einigen Wochen, eine gleiche „Überraschung" wie M. bevor. Zu mündlicher Auskunft sind wir gern bereit.

Sport und Leibesübungen.

♢ B.-C. „Preußen". Am morgenden Sonntag treten vom hiesigen B.-C. „Preußen" alle vier Mannschaften in Tätigkeit. Zwei Mannschaften der Spielabteilung des Allgemeinen Halleschen Turnvereins („Olympia") weilen hier zu Gaste. „Olympia" I und „Preußen" I treffen sich um ½5 Uhr auf dem Rulandsplatz im Gesellschaftsspiel. Der frühere Halleschе F.-C. „Olympia" hat sich letztens unter Beibehaltung des Namens mit dem Allgemeinen Halleschen Turnverein zu einem Verein zusammengeschmolzen und durch diese Vereinigung wesentlich an Spielstärke gewonnen. Die „Olympia"-Elf bildet also für die „Preußen" einen starken und beachtenswerten Gegner. Ein Besuch des Spiels kann also nur empfohlen werden. — ½2 Uhr spielt „Preußen" IV gegen hiesige „Hohenzollern" IV. — Nachdem tritt „Preußen" III gegen „Olympia" III ins Feld. — „Preußen" II wird sich in Halle mit der II. „Olympia"-Elf messen. Abfahrt 1 Uhr mit der Straßenbahn.

♢ „B. f. B." II spielt diesen Sonntag in Halle auf dem „Sportfreunde"-Platz gegen „Borussia" II. Der Sieger dieses Spieles gewinnt die Meisterschaft der 2 b Klasse. — Auf dem „B. f. B."-Sportplatz treffen sich nachmittags 2 Uhr „B. f. B."-Jugend I und „Favorit"-Jugend I-Halle. — Danach spielen „B. f. B." III und „Sportfreunde" III-Halle.

♢ Der Pfälzer Waldverein (Ortsgruppe Merseburg) wird am Sonntag seine dritte Wanderung vornehmen. Die Teilnehmer treffen sich 1 Uhr 30 Min. nachm. am Tivoli-Theater. Abmarsch 1 Uhr 35 Min. nachm. über die Bootsklausbrücke. Folgende Wanderungen sind für dieses Jahr noch vorgesehen: 13. Juli Bad Kösen—Rudelsburg, 10. August Bad Lauchstedt, 7. September Vesta—Dürrenberg, 28. September Weißenfels—Freyburg, 12. Oktober Jena, 26. Oktober Lützkendorf—Freyburg, 16. November Rund um Halle und am 7 Dezember Trebnitz—Freyburg. Ende Dezember werden goldene Nadeln vom Hauptverein an Mitglieder verteilt, die sich an sämtlichen Wanderungen beteiligt haben. Der nächste Vereinsabend findet am Donnerstag den 3. Juli im nunmehr festgelegten Vereinslokal „Schultheiß", Burgstraße, in den oberen Räumen statt. Die Vereinsabende, die im Sommer monatlich einmal am ersten Donnerstag des Monats stattfinden, werden sich im Winter wöchentlich wiederholen. Zu Auskünften ist nach wie vor der Vorsitzende Georg Stuhlsauth, Merseburg, Karlstraße 36, bereit, der auch Anmeldungen entgegennimmt.

Landwirtschaft.

Ventilation und Lufterneuerung im Rindviehstall.

Vielfach findet man den Rindviehstall noch so schlecht ventiliert, daß das Wasser an der Decke herabtropft. Wird in solchen Fällen nicht für ausreichenden Luftwechsel gesorgt, so verdichtet sich der von den Tieren abgegebene Dampf und zeitigt ein Resultat, welches in hohem Grade nachteilig ist, sowohl für die Tiere selbst als auch für die ganze Stalleinrichtung, zumal wenn diese größtenteils aus Holz besteht. Eine derartig mit Wasserdampf gesättigte Luft wird in wenigen Jahren alles Holzwerk verfaulen lassen, und wohl in den allermeisten Viehställen besteht die Decke noch aus Bretterbelag. Wie vermag man ohne größere Unkosten in derartigen Ställen eine zweckentsprechende Ventilation herzustellen, besonders für den Winter?

Luftdurchzug, hervorgerufen durch Öffnen der Fenster und Türen, ist ja wohl eine Art Ventilation und bewirkt ja auch eine Lufterneuerung, ist aber durchaus verwerflich, weil schädlich für die Gesundheit des Viehes und deren Leistungsfähigkeit. Man muß daher andere Wege einschlagen. Ein solcher ist folgender: Um der frischen Luft Zugang zu verschaffen, schlage man eine entsprechende Anzahl kleine Öffnungen, etwa in der Größe eines Steines, in die Außenmauer, dicht über den Stallboden. An diese Öffnungen schließe man aufwärts geführte Holzschächte in etwa 1—1½ Meter Höhe. Dadurch wird die kalte Außenluft gezwungen, nach oben zu steigen, so daß sie beim Austritt nicht mehr die Ställe bestreicht. Die warme verbrauchte Luft führt man vielfach noch mittels Holzschornsteinen durch das Dach. Das hat aber den Übelstand, daß der Durchbruch durch das Dach leicht undicht wird, zum Schaden für die auf dem Boden untergebrachten Heu- oder Kornvorräte. Besser ist es darum, man bricht auch dicht unter der Decke eine Anzahl Öffnungen durch die Mauer, in die man Drainröhren einbaut, die bei schlechter Witterung leicht mit einem Strohwisch zu verschließen sind. Auf diese Weise läßt sich auch in einem alten Stall, besonders wenn er noch dazu überfüllt ist, mit geringen Mitteln eine zweckentsprechende Ventilation herstellen, wodurch Gesundheitszustand und Leistung des Viehstapels nicht unwesentlich gehoben und gefördert wird. —k.

Handel und Verkehr.

Hypothekenschutzbank Sachsen-Anhalt A.-G. in Halle.

Im „Hohenzollernhof" in Halle fand am Donnerstag die Generalversammlung statt, die Justizrat Wolfgang Herzfeld leitete. Auf Grund des Geschäftsberichtes wurde dargelegt, daß das abgelaufene erste Geschäftsjahr der Gesellschaft im wesentlichen der Werbung und Organisation gewidmet war und daß die eigentliche Aufgabe der Übernahme des Hypothekenschutzes bisher nur in geringem Maße erledigt werden konnte. Hierzu trug bei, daß bei der gegenwärtigen Geldflüssigkeit und dem sich daraus ergebenden Anbrang von Kapitalien zur Hypothekenanlage für die Nachsuchung des Hypothekenschutzes seitens der Hausbesitzer kein Bedürfnis vorlag. Des wird sich ändern, sobald die Wirkungen unserer schwierigen Wirtschaftslage auch auf dem Geldmarkte mehr hervortreten werden. Trotz dieser für das Unternehmen ungünstigen Umstände wurde das erste Geschäftsjahr ohne Verlust abgeschlossen haben, wenn nicht die Wertpapiere einen erheblichen Kursrückgang erlitten hätten. So ergibt sich ein Verlust von 30 306 ℳ, der auf neue Rechnung vorgetragen werden soll. Der Kursverlust selbst hat 37 414 ℳ betragen. Die Gründungs- und Verwaltungskosten erforderten 26 181 ℳ. Nun in den Aufsichtsrat wurden Stadtrat Kinne-Halle und der Generaldirektor der Städtefeuersozietät Schebe-Merseburg gewählt. Stadtrat Kinne nahm das Amt nur unter dem Vorbehalt an, daß ihm von der Stadtverwaltung Halle die Genehmigung dazu erteilt werde. Bemerkt sei dabei, daß wie zahlreiche andere Städte, auch Halle sich an der Hypothekenschutzbank beteiligt hat.

Vermischtes.

* 300 Personen wegen Plünderungen verhaftet. Unter dem Verdacht, an den Plünderungen der Geschäfte in Buer beteiligt gewesen zu sein, sind bort bis jetzt 300 Personen verhaftet und nach Münster zur Aburteilung überführt worden. Fortgesetzt werden noch Haussuchungen vorgenommen, bei denen beträchtlich große Mengen geraubter Kleiderstoffe zutage gefördert werden.

* Absturz eines Postflugzeuges. Ein Flugzeug, das den Postdienst zwischen Köln und Hollestone versieht, stürzte nach einer Brüsseler Meldung in der Nähe von Soyo bei Florette ab. Beide Insassen wurden getötet.

* Einbrecherschutzmannschaft. Aus Königsberg wird uns gemeldet: Was heutzutage alles möglich, davon gibt das Schreiben des Inhabers eines Zeitungs-Druckschriftenvertriebes Max Gleitzner an Königsberger Geschäfte einen Beweis, worin es heißt: „Wollen Sie gegen Einbruchsdiebstähle gesichert sein, vertrauen Sie sich unserer Wache an. Dieselbe setzt sich aus Arbeitslosen zusammen, sowie Mitgliedern ehemaliger Armee-Marineoffizierswehr, welche sich in wirtschaftlicher Notlage befinden und dadurch gewissermaßen gezwungen sind, Einbrüche zu verüben. Die Leute können jeden Einbruchsdiebstahl verhindern, da sie den größten Teil der in Frage kommenden Einbrecher kennen, dieselben daran hindern können und wollen, da sie ihren Vorteil dadurch haben und eigentlich eine Einbrecher-Arbeitslosenunterstützung auf diese Weise beziehen."

* Die Polen richten sich häuslich ein. Eine polnische Gesellschaft hat das an der Zoppoter Grenze gelegene, etwa 4000 Morgen große Rittergut Kolkeden für 2,5 Millionen Mark angekauft und will hier ein polnisches Seebad errichten, um Zoppot Konkurrenz zu machen.

* Riesenschwindel mit gefälschten Zigarettenbanderolen. In einem Berliner Kaffee wurde eine Schwindlergesellschaft ausgehoben, die geschickt gefälschte Zigarettenbanderolen in großen Mengen in den Handel gebracht hatte. Die Banderolen für 1000 Zigaretten wurden von dem Hauptschieber, dem Cafetier Otto Schulz, und seinen Helfershelfern für 5 ℳ das Stück verkauft. Riesenmengen wurden verteilt. Der Inhalt der Zigaretten, die unter diesen falschen Banderolen in den Handel kamen, bestand aus einer ganz geringen Menge von gestohlenem oder verheimlichtem Tabak und einer großen Beimischung von allerhand wertlosem Zeug. Die Hauptbeteiligten wurden verhaftet.

* Oculorum remedium. Ein köstliches Augen-Heilmittel wurde vor 60 Jahren im Merseburger Kreisblatt im Juni 1859 empfohlen, welches das insonderheit bei jungen Leuten so entstellende Brillentragen aus der Welt schaffen soll. Dr. Romershausen und Apotheker Dr. Geist in Aken (Elbe) haben diese wunderbare Essenz bereitet und für Merseburg und Umgegend ist sie zu haben bei Apotheker Schnabel in der Domapotheke zu Merseburg. Dr. Romershausen schreibt: „Seit meiner Jugend hatte auch ich die leidige Gewohnheit, die Stille der Nacht wissenschaftlichen Arbeiten zu widmen. Meine Sehkraft war so geschwächt, daß ich den völligen Verlust befürchtete. Es gelang mir ein Mittel zu finden, das ich nun schon seit 40 Jahren mit bestem Erfolg gebrauche. Es hat nicht allein die Entzündung beseitigt, sondern auch meinem Auge die volle Schärfe und Kraft wieder gegeben, so daß ich jetzt im 75. Lebensjahre ohne Brille die feinste Schrift lese und mich wie in der Jugend der vollen Sehkraft erfreue. Dieselbe Erfahrung habe ich bei Anderen gemacht, unter denen Mehrere sind, die früher mit den schärfsten Brillen bewaffnet ihren Geschäften kaum vorstehen konnten. Sie haben bei beharrlichem Gebrauche des Mittels die Brille niedergelegen und die frühere natürliche Gesichtsschärfe wieder erlangt. Dies Wasserhmittel ist ein wohlriechende Essenz, deren Bestandtheil die Fenchelpflanze ist. Aeltere Naturkundige wollen bemerkt haben, daß an Blindheit leidende Schlangen das Fenchelkraut fressen und dadurch ihre Sehkraft wieder erlangen. Diesem sei nun wie ihm wolle, ich erkenne mit Dankbarkeit an, daß uns der gütige Schöpfer dies Kraut gegeben hat. Die Bereitung erfordert eine verwickelte chemische Behandlung und ich bemerke daher, daß ich die Essenz in vorzüglicher Güte von dem Chemiker Apotheker Geist in Aken beziehe, der die Flasche für einen Thaler liefert. Die Flasche reicht für lange Zeit, da nur etwas Weniges mit Flußwasser gemischt eine milchartige Flüssigkeit bildet, womit Morgens und Abends, wie auch nach angreifenden Arbeiten, die Umgebung des Auges besprichtet wird. Die Wirkung ist höchst wohltätig und erquickend und erhält und fördert zugleich die Frische der Hautfarbe." Ei, wenn doch die Merseburger Domapotheke dies herrliche köstliche Augen-Heilmittel noch hätte. Welchen Zulauf würde sie haben! Schw.

Verantwortlicher Redakteur Franz Hößner in Merseburg.
Druck und Verlag von Th. Hößner in Merseburg.

Die heutige Nummer umfaßt acht Seiten.

Anzeigen.

Für die Aufnahmen der Anzeigen an bestimmt vorgeschriebenen Tagen oder Plätzen können wir keine Verantwortung übernehmen, jedoch werden die Wünsche der Auftraggeber nach Möglichkeit berücksichtigt.

Anstatt besonderer Anzeige!
Ingeborg von Wilmowski
Paul Wilkendorf
Verlobte.
Naumburg/Saale Merseburg Magdeburg
Pfingsten 1919.

Statt Karten.
Meine Verlobung mit
Frau A. Jantke
geb. Kaiser
beehre ich mich ergebenst anzuzeigen.
Paul Scholz.
Lampersdorf i. Schles. u. Merseburg, d. 15. 6. 19.

Bekanntmachung.
Die Verpachtung der Jagdnutzung der Flur Ostrau-Lennewitz findet
Mittwoch, den 18. Juni 1919, nachmittags 3 Uhr,
im Gasthof zu Lennewitz meistbietend, auf 6 Jahre durch Unterzeichneten statt. Die Größe der Flur beträgt ca. 1700 Morgen. Bedingungen im Termin.
Lennewitz, den 12. Juni 1919.
Kersten, Jagdvorsteher.

Wiesenverpachtung.
Mittwoch, den 18. Juni d. J., nachmittags 5 Uhr findet im früher Schmidt'schen Gasthofe zu Menschau die Verpachtung von ca. 3 Morgen Wiese, den Burkhardt'schen Erben zu Rössen gehörig, in 2 Parzellen öffentlich meistbietend statt.
Albert Franke, Auktionator.

Besser möbliertes
Herrenzimmer
z. verm. Menschauer Str. 15, 1 Tr.

Eine Schlafstelle
rel. Wo? sagt die Exp. d. Bl.

Statt Karten.
Fridel Günther
Carl Rauch
Verlobte
Leipzig Dürrenberg — Pfingsten 1919. — Merseburg.

Es grüßen als Verlobte
Helene Trost
Otto Franz
Starsiedel — Pfingsten 1919 — Gostau

Für die aus Anlaß unserer
Vermählung
erwiesenen Aufmerksamkeiten danken wir herzlich
Ing. Kurt Schmidt, Leutnant d. L.
und Frau Klara
geb. Lenz.
Benna, im Juni 1919.

Ihre am heutigen Tage vollzogene Vermählung beehren sich anzuzeigen
Walter Saarmann und Frau
Elisabeth geb. Kops.
Merseburg, den 14. Juni 1919.

Bekanntmachung.
Schulgeld-Zahlung!
Das für die städtischen Schulen, Lyzeum, Knaben- und Mädchen-Mittelschule, für April, Mai und Juni fällige Schulgeld ist bis zum 23. Juni d. J. an unsere Stadtkasse in den Vormittagsstunden von 8 bis ½1 Uhr zu zahlen. Nach Ablauf dieser Frist muß mit der kostenpflichtigen Beitreibung vorgegangen werden.
Merseburg, den 12. Juni 1919.
Zu VI 383/19. Der Magistrat.

Dank.
Zurückgekehrt vom Grabe unserer lieben Mutter
Witwe Alma Großmann
sagen wir allen unseren herzlichsten Dank. Vor allem Herrn Pastor Heinicke für die trostreichen Worte am Grabe unserer lieben Mutter, Herrn Kantor Marx und der lieben Schuljugend für den schönen Gesang. Ferner allen Nachbarn und Bekannten für die herzliche Teilnahme und zahlreichen Blumenspenden.
Jöschen, den 13. 6. 19.
M. Großmann und Frau, Schwestern u. Hinterbliebene

Am 12. Juni, abends 9 Uhr, entschlief sanft im Kreiskrankenhaus Marienthal bei Schweina, im Glauben an seinen Erlöser, mein geliebter Gatte, unser treusorgender Vater, Schwiegervater und Bruder, der Bürodirektor
Max Schütze
im Alter von 57 Jahren.
Namens der tieftrauernden Hinterbliebenen: Emma Schütze geb. Kundt.
Merseburg, den 14 Juni 1919.
Die Beerdigung findet am Dienstag, nachmittags 4 Uhr, von der Kapelle des Altenburger Friedhofes aus statt.

Am 12. Juni d. J. verschied in Bad Liebenstein, wo er Heilung seines Herzleidens suchte,
der Bureaudirektor der Provinzialverwaltung
Herr Max Schütze.
Er hat 36 Jahre dem Provinzialverbande von Sachsen in musterhafter Treue mit unermüdlicher Hingabe und reichstem Erfolge gedient.
Sein gesegnetes Andenken wird von uns immerdar in Ehren gehalten werden.
Merseburg, den 14. Juni 1919.
Namens der Beamten der Provinzialverwaltung:
Freiherr von Wilmowski,
Landeshauptmann.

Schlafstelle für 2 Herren frei
Sand 3.

Junger Reichswehr-Beamter sucht möglichst bald möbliertes
Zimmer.
Angebote zu richten an Herrn Meyer, Kaserne.

Gut möbl. Zimmer
gesucht. Angebote an W. Dammann, Tivoli-Theater.

Frdl. möbl. Zimmer
für sof. oder später von Kaufm. ges. Ang. an Dieters Restaur erb.

Einf. möbl. Zimmer
sof. od. später ges. Angebote an Dieters Restauration erbeten.

Junger Mann sucht
Logis,
auch mit jemand zusammen.
Schneider, Schultheißrestaurant, Burgstraße.

Herrschaftliche
Wohnung,
mindestens 4 Zimmer und Zubehör, möglichst mit Garten,
gesucht.
Diesener, Hauptmann, Kaserne.

3-Zimm.-Wohnung und Küche gesucht.
Dir. Dechant, Tivoli-Theater.

1 mittl. Wohnhaus
mit Garten und Stallungen jetzt oder später zu kaufen gesucht. Offerten unter B B 200 an die Exped. d. Bl.

Grundstück
mit Torzufahrt und Garten, welches sich zur Tischlerei eignet, zu kaufen, oder gegen ein herrschaftliches Wohnhaus zu tauschen ges. Wo? sagt die Exp. d. Bl.

Gutes Sommerpaletot
zu kaufen gesucht. R. Walther, Halle, Liebenauer Straße 4.

Fahrrad
mit gutem Gummi zu hohem Preise von Privathand zu kaufen gesucht. Off. unt. L 6007 an Rudolf Mosse Stern & Vogler (A.-G.), Halle a. S.

Gebraucht. Küchenherd
zu kaufen gesucht. Angebote zu richten an Digenbe 9, 1 Tr.

1 Anzug (blau)
verkauft Merseburgerstraße 29.

Zu verk. Tiroler-Anzug
fast neu, für Knaben von 6—8 Jahren Wilhelmstr. 2, 1 Tr.

Lüstefjacke (passend für jg. Burschen)
zu verkaufen, evtl. gen. Stoff einzutauschen. Wo? sagt die Exp. d. Bl.

1 P. weiße Halbschuh, Gr 36,
sind gegen Gr. 37 od. 38 umzutauschen, evtl. auch zu verkaufen. Zu erfragen Friedrichstr. 16, I.

Fast neue Damen-Halbschuhe
Gr. 40, zu verkaufen Poststraße 1, (Hinterh. 1 Tr.)

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-60787691319190615-19/fragment/page=0003

Dank.

Für die vielen Beweise herzlicher Teilnahme beim Begräbnis unseres teuren Entschlafenen, des Steinsetzers

Willh Bürkner

sagen wir allen unseren herzlichen Dank, besonders denen, die seinen Sarg so reich mit Blumen schmückten. Dank auch seinen Mitarbeitern vom Leunawerk, Bau Nr. 7, 8, 104, 150, dem Radfahrerverein „Frisch auf", dem Verband der Steinsetzer und allen Verwandten und Bekannten, die ihn zur letzten Ruhe geleiteten.

Merseburg, den 14. Juni 1919.

Die trauernde Gattin

Berta Bürkner, geb. Schmidt.

Ausgabe der neuen Lebensmittelhefte

im alten Rathause in der Burgstraße

und zwar am **Dienstag, den 17. Juni 1919**, von vormittags 7 Uhr bis nachmittags 2 Uhr, für die Haushaltungen der Straßen A — H;

am **Mittwoch, den 18. Juni 1919**, von vormittags 7 Uhr bis nachmittags 2 Uhr, für die Haushaltungen der Straßen J — R, ausschließlich Roter Feldweg;

am **Donnerstag, den 19. Juni 1919**, von vormittags 7 Uhr bis nachmittags 2 Uhr, für die Haushaltungen der Straßen Roter Feldweg und S — Z und Sonstige.

Außerdem für die Gemeinden: Löpitz, Lössen, Tragarth, Venenien, Meuschau, mit Ortsteil Neumeuschau, Kriegsdorf; für die Gutsbezirke: Löpitz, Lössen, Tragarth Werder, Kriegsdorf, Fasanerie.

Ausführungsbestimmungen.

1. Jeder Haushalt erhält im allgemeinen nur ein Lebensmittelheft für alle Angehörigen, die ständig im Haushalt volle Beköstigung erhalten, gleichgültig, wo sie innerhalb der Stadt Merseburg und den angeschlossenen Gemeinden und Gutsbezirken wohnen.

Tritt während der Geltungsdauer des Lebensmittelheftes eine ständige Vergrößerung oder Verkleinerung der Anzahl der bezugsberechtigten Mitglieder ein, so ist das Heft gegen ein entsprechendes neues Heft bei der Lebensmittelkartenstelle im Rathaus, Zimmer Nr. 15, einzutauschen.

Bei vorübergehender Vergrößerung des Haushalts ist nur ein als solches bezeichnetes Zusatzheft dort zu beantragen, das die gleiche Nummer wie das Hauptheft erhält und bei der Zuteilungen nach Haushaltungen oder für mehrere Personen mit dem Hauptheft zusammen als ein Heft gilt.

2. Abgabe von Mahlzeiten in der Volks- und Mittelstandsküche erfolgt gemäß der besonderen Bekanntmachung vom 22. August 1917 — L A II 1847/17 — auf die verwiesen wird, nur gegen Abgabe der jedesmal dafür von dem städtischen Lebensmittelamt in der wöchentlichen Bekanntmachung der zu verteilenden Lebensmittel bezeichneten Bezugscheine und Quittungsabschnitte.

Wollen nun aus einem Haushalt nur ein oder mehrere Mitglieder in der Volks- und Mittelstandsküche essen, so ist das bei der Abforderung des Lebenmittelheftes zu melden.

Für solche Haushalte werden zwei Hefte ausgestellt, eins für diejenigen Haushaltungsmitglieder, die in der Volks- oder Mittelstandsküche essen wollen, ein zweites für die übrigen Mitglieder. Aus demjenigen Hefte, das für Entnahme von Mahlzeiten aus der Volks- oder Mittelstandsküche bestimmt ist, sind dann die vom städtischen Lebensmittelamt dazu bestimmten Abschnitte nicht beim Kaufmann abzugeben und stempeln zu lassen, sondern ungestempelt bei Entnahme der Wochenkarte in der Volks- oder Mittelstandsküche abzugeben. Auf die übrigen Bezugscheine können die Waren, wie bisher, beim Kaufmann angemeldet und bezogen werden.

Von den beiden ausgestellten Heften gilt das eine als Hauptheft und das andere als Zusatzheft und wird als solches kenntlich gemacht. Beide Hefte erhalten dieselbe Nummer und gelten, wenn eine Zuteilung von Lebensmitteln nach Haushalten oder für mehrere Personen erfolgt, als ein Heft.

Wenn während der Geltungsdauer des Lebensmittelheftes einzelne Mitglieder eines Haushaltes dazu übergehen wollen, ständig in der Volks- oder Mittelstandsküche zu essen, so hat dies der Haushaltungsvorstand unter Vorlegung des Lebensmittelheftes in der Lebensmittelkartenstelle Rathaus, Zimmer 15, zu melden. Das Heft wird dann gegen zwei Hefte umgetauscht, welche die Nummern des bisherigen Heftes erhalten.

Entsprechend ist zu verfahren, wenn die ständige Entnahme von Essen aus der Volks- oder Mittelstandsküche aufgegeben wird. Es werden dann zwei Hefte gegen ein einziges umgetauscht.

3. Mittags- und Abendessen darf in Gastwirtschaften gemäß besonderer Bekanntmachung vom 30. Oktober 1917 (L A II 2701/17) auf die hingewiesen wird, an ständige einheimische Gäste nur noch gegen Abgabe der jedesmal vom städtischen Lebensmittelamt in der wöchentlichen Veröffentlichung über die zu verteilenden Lebensmittel bezeichneten Bezugscheine und Quittungsabschnitte erfolgen.

Diese Bezugsscheine und Quittungsabschnitte dürfen daher nicht beim Kaufmann abgegeben oder gestempelt werden, sondern sind bis spätestens Sonnabend für die nächste Woche dem Gastwirt auszuhändigen.

4. Einzelstehende Personen erhalten ein besonderes Lebensmittelheft nur, wenn sie einwandfrei nachweisen, daß sie nicht in einem Haushalt ständig voll beköstigt werden.

5. Mittäxpersonen haben in jedem Falle vor Aushändigung des Lebensmittelheftes einen schriftlichen Ausweis des Truppenteiles darüber beizubringen, daß sie sich nicht in Verpflegung des Truppenteils befinden und sich dauernd selbst zu beköstigen haben.

6. Die Aushändigung des neuen Lebensmittelheftes erfolgt nur gegen Rückgabe des Umschlages des abgelaufenen Lebensmittelheftes und nur an den Haushaltungsvorstand oder ein erwachsenes Mitglied des Haushalts. An andere Personen wird das Lebensmittelheft nur gegen Vorlegung eines schriftlichen Auftrages des Empfangsberechtigten abgegeben. An Kinder unter 14 Jahren wird das Lebensmittelheft grundsätzlich nicht verabfolgt.

7. Veränderungen in der Kopfzahl der Haushaltung sind innerhalb 24 Stunden bei der Lebensmittelkartenstelle im Rathaus 1 Treppe, Zimmer 15 zu melden. Unterlassungen dieser Meldungen sind strafbar.

8. Wer wissentlich oder fahrlässig unrichtige Angaben macht, wird streng bestraft.

9. Verloren gegangene Lebensmittelhefte werden grundsätzlich nicht ersetzt.

Merseburg, den 13. Juni 1919. L A II 1666/19.

Das städtische Lebensmittelamt.

Zwei blaue Militärröcke (Eigentum, mittlere Figur) und **1 Paar neue Schaftstiefel** (Größe 29½) zu verkaufen Kreuzstraße 3, part.

1 Roßhaar-Matratze mit Kissen, wie neu, in Kinderwagen passend, sowie **1 P. hohe Knöpfstiefel (Gr. 40)** zu verkaufen Rosental 16.

Neuer schwarzer **Damenbordenhut** zu verk. Obere-Altenburg 10, II.

Neuer dunkelblauer **Bordenhut** (Seide u. Borde, garniert) preiswert zu verkaufen. Wo? sagt die Exped. d. Bl.

Pansmahut (moderne Fasson, garniert) ist sofort zu verkaufen. Wo? sagt die Exped. d. Bl.

Zu verkaufen: 1 gute L-Trompete u. 1 Werk des modern. Mosch.-Bauers (neu) Hälterstraße 10, pt.

Eine Holzpumpe mit Unterröhre zu verkaufen Amtshäuser 1a.

1 Operngläs bill. zu verkaufen. Wo? sagt die Expedition d. Bl.

2 große, eiserne Oefen, 1 Zinkbadewanne zu verkaufen bei Matthies, Teichstraße 25.

1 kl. Leiterwagen, 1 kl. Kinderbettstelle, 1 Singer-Nähmaschine, 1 Aktentell. Kanincheniall, 1 Wanduhr, 1 guter Schlafsuhl, 2 runde Kleiderhänger, 1 einflügeliges Fenster, 42×70 zu **verkaufen** Sand 15, pt.

Ein Kinderwagen, sowie zwei Knabenwesten (Alter 13—14 Jahre) zu verkauf. Zu erfragen in der Exped. d. Bl.

Ein doppelter Kochröhren-Ofen zum Einmauern zu verkaufen Roßmarkt 23.

Zwei Fensterjalousien zu verkaufen Saalstraße 2.

Krankenselbstfahrer billig zu verkaufen Bormerk 5.

28 Pfund bestes staubfreies **Rosshaar** f. Matratzen zu verk. Briefliche Ang. n. Lauchstedter Str. 28, pt.

Vollständige Laden-Einrichtg. als: Warenschränke, Ladenkasten, Regale, Dekorationsgegenstände, Kanonenofen zu verkaufen.

Curt Eberhardt, Merseburg, Kleine Ritterstraße 1.

Futterf. Abläuferkel hat abzug. Blösien Nr. 24.

Daselbst einige Hundert Schock Weißkohlpflanzen zu verkaufen.

Ein Läuferschwein, über ½ Ztr. schwer, steht zum Verkauf Roßmarkt 6.

Ein Stamm **Hauslämmer** steht zum Verkauf Raschwitz Nr. 16, Tel Lauchstedt Nr. 29.

1 gutmelk. Ziege, 1 gr. Läuferschwein zu verk. Wo? sagt die Exp. d. Bl.

Kleines Ziegenböckchen (11 Wochen alt) zu verkaufen Lauchstedter Straße 20

2 flügge Gänse zu verkaufen Meuschau Nr. 64.

6 flügge Gänse zu verkaufen Neumarkt 65 a.

12 Stück Küken, 8 Tage alt, zu verkaufen Rosental 10.

7jähriges **Pferd** (schw.-br. Wallach), flott und sicher, verkauft Weißenfelser Straße 27.

Einser Wasser

Kräft. Weiß- und Rotkohl-Pflanzen hat abzugeben Feit, Meuschauer Mühle.

Mehrere tausend Schock **Kohlrabi-Pflanzen** blauer Wiener Glas, kurze kräftige Freifeldware, a Schck. 50 Pfg, abzug. Fritz Sack, Mühlberg 5.

Braunkohlpflanzen sind zu verkaufen Blösien Nr. 12.

Beamten-Wirtschafts-Verein. Neumarktstor 1.

Frisch eingetroffen:

Speiseöl Fettseife Schmierseife.

Braunschweiger Rosenpargel, Postkoll 10 Pfd. 1. Sorte M. 12.—, 2. Sorte M. 10.—, Verpackung M. 1.50, ab hier liefert laufend in bester frischer Qualität gegen vorherige Einsendung des Betrages oder Nachnahme Friedrich Heine, Spargelversand, Braunschweig, Postscheckkonto Hannover 21515.

Bindesalat (Sommerendivien) sowie alle **Kohlarten, Tomaten, Sommerblumen** in kräftigen Pflänzlingen empf. H. Semmler, Friedrichstr. 38.

Eis. Schlafzimmer-Einrichtg u. Patent-Stahlfedermatratz. liefert zu Fabrikpreisen Alfred Ebhardt, Gr. Ritterstr. 33.

Arbeiter-Radfahrer-Verein „Frisch auf"

Sonntag, den 15. Juni, von nachmittag 3 Uhr ab im „Thüringer Hof"

großer Ball

Hierzu ladet ein Der Vorstand.

Pretzsch.

Sonntag, den 15. Juni, von abends ½8 Uhr an ladet zur **Tanzmusik** bei vollbesetztem Orchester freundlichst ein D. Händler.

Aquarien- und Terrarien-Verein (Mitglied des B. D. A.).

Zu der am **Dienstag**, den 17. d. Mts., abends 8 Uhr im „Preußischen Adler", Naulandplatz, stattfindenden **Mitglieder-Versammlung** ladet freundlichst ein Der Vorstand.

Gäste willkommen.

Verein d. Gastwirte von Merseburg u. Umgegend.

Dienstag, den 17. Juni, nachmittags 3½ Uhr **Monats-Versammlung** im „Thüringer Hof". Der Vorstand.

Zur Ausführung von **Maler-arbeiten** mit Ersatz- oder Friedens-Material empfehlen sich **Fritz u. Hermann Dietrich,** Friedrichstraße 16/18.

Guter Ton und feine Sitte Geschenkwerk M. 5.50. Mod. Tanzlehrbuch 3.85. Die Gabe der gewandten Unterhaltung 3.20. Bekämpfung der Schüchternheit 3.85. Die Kunst des Gefallens 6.40. Liebesbriefsteller 3.20. Moderner Weg zur Ehe 3.35. Jede Dame ihre Friseurin 3.10. Traumbuch 2.65. Klavierschule 7.40. Violinschule 6.50. Zeichenschule 2.—. Schönschreibschule 4. Privat- u. Geschäftsbriefsteller 5.50. Rechtschreibung Duden 6.50. Aufsatzschule 5.75. Fremdwörterbuch 5.75. Richtig Deutsch 5.75. Englisch 5.75. Französisch 5.75. Italienisch 5.75. Böhmisch 5.75. Ungarisch 5.75. Polnisch 5.75. Russisch 5.75. Spanisch 5.75. Buchführung 5.75. Handelskorrespondenz 5.75. Kontorpraxis 5.75. Rechtsformularbuch 5.75. Reklamelehrbuch 5.75. Handbuch für Kaufleute 15.—. 1000 chem.-techn. Rezepte zu Handelsartikeln 6.—. Gartenbuch 5.75. Schlip's preisgekröntes Lehrbuch der Landwirtschaft M. 13.35. Geg. Nachn. L. Schwarz & Co., Berlin N 39, 14, Annenstr. 24.

Hautjucken, (Krätze) beseit. in 2 Tagen Grebesan, geruchl. 1 Tub. M. 4.50, versk. Kur (3 Teile) Mk. 13.— Erfolg garant. **Flechten** jed. Art, Hautausschl., Hautunreinigk., Mitess., Haarausfall, Schupp., alte Beinleid., Krampfadern, bestes Mittel: Grebesan II, Preis M. 4.50. Apoth. Grebe Laborator. Charlottenburg 5 120.

Frauenleiden Kranken Frauen und Mädchen teile ich unentgeltlich mit, wie ich in kurzer Zeit von meinem hartnäckigen Leiden (Weißfluß) geheilt wurde. Frau L. Kamproth, Berlin, Elsasserstraße 54.

Pianolas, Pianolapianos, Blüthner-Duoanola-Pianos usw. in großer Auswahl vorrätig. Preise von 2500 bis 10000 Mk. **Großes Notenrollenlager** in 88 u. 65tönigen Notenrollen. **Notenrollen-Abonnement 15.** B. Döll, Halle a. S., Große Ulrichstraße 33/34.

TABAK Mischungen in höchster Vollendung für Wiederverkäufer Preisl. frei! Vertret. ges.! **M. Gutmann** Berlin O 27, Alexanderstr. 22.

Tivoli-Theater Merseby.

Direktion: A. Dechant.

Sonntag, den 15. Juni, von nachmittag 3 Uhr, abends ½8 Uhr: Zum 1. Male! Zum 1. Male! **Die Schützenliesel!** Operette in 3 Akten von Edmund Eysler.

Dienstag, den 17. Juni d. J. abends ½8 Uhr: **Die Schützenliesel!** Operette in 3 Akten von Edmund Eysler.

Feine Wäsche zum Plätten wird angenommen Roter Feldweg 1, 2 Tr. l.

Viele vermögende Damen wollen sich schnellstens glücklich verheiraten. Herren, auch ohne Vermögen, erhalten sofort Auskunft durch „Concordia", Berlin O. 34

Strebs. solid. 33jähr. Mann, schuldl. gesch., m. 7jähr. Jungen, einige Tausd. Ersparnisse, wünscht **Einheirat** in irgend ein Handelsgesch. od Landgasthof bei bald. Beteilig Off. unt. UB 8607 a. d. Annonc.-Exped. Rud. Mosse, Halle erbet

Intelligenter Herr von 33—38 Jahren kann in Weißenfels bei junger Frau von 33 Jahren in Kost und Logis kommen, zw. späterer Heirat Angeb. u. „Friede" Weißenfels postlagernd.

Junger Mann, 38 Jahr alt, welcher schon vor dem Kriege mit Erfolg als Wirtschaftsführer tätig war, sucht wieder als solcher Stellung, am liebsten bei Kriegerw., auf mittlerem Gute. Off. bitte unter E G 13 an die Exp. des Bl.

Junges Mädchen sucht Stellung zwecks Erlernung des Kochens u. Haushalts. Etwas Taschengeld, jedoch nicht Bedingung. Näheres Elfr. Branschke, Merseburg, Roonstraße 10, pt. r

Existenz. Für den Alleinvertrieb des echten Selters-Sprudel und Limonade im Kreise Merseburg Merseburger gesucht. Einige 1000 M. Betriebskapital erforderlich. Offert. unt. D 2327 an Huvag (Haasenstein & Vogler A.-G.), Halle a. S.

Reisevertreter ges. b. Fachzeitung. Branchekenntn. n. erf. Hoher Tagesverd. Off. u. G an die Exp. d. Bl.

Zuverlässiger Speicherarbeiter für dauernd gesucht. Landw. Konsum-Verein.

Former und Arbeiter für dauernde Beschäftigung sofort gesucht. **Georg Göpel,** Maschinenfabrik und Eisengießerei.

Einen zuverlässigen **Kutscher** suchen **Paul Marschcheffel & Co.**

-/- Ein Knecht -/- wird gesucht Trebnitz Nr. 22.

Gesucht werden bei gutem Lohn: 3 tüchtige Hausmädchen, 1 kräftiges Mädchen für Haus- und Landarbeit, 3 Aufwartefrauen, 1 Frau für Spülküche, 4 Frauen für Gartenarbeit, Meldungen bei dem Öffentl Arbeitsnachweis weibl. Abt. Kl. Ritterstr. 15.

Für einige Tage der Woche wird eine **tüchtige Frau** zum Austragen von Journalen gesucht. Friedr. Pouch, Buchhandlung.

Einige Frauen zum Sächsischen sucht Kreiseinkauf Turnhalle.

Frauen zum Rübenhacken sucht Fr. Bahle, Sand Nr. 2.

Frauen zum Hacken werden gesucht. L. Weniger, Ob. Breite Str. 5.

Arbeitsmädchen u. Frauen sofort gesucht Peitschenfabrik, Weißenfelser Straße 18.

Frauen zur Gartenarbeit stellt sofort ein **Rockendorf,** Gärtnerei, Naulandstr. 20 und Nordstr. 12.

Frauen zur Feldarbeit werd. angenomm. Breite Str. 22.

Suche für m. Laden gewissenh. **älteres Fräulein** Meldung Montag vormittag. Reuthor's Färberei Delgrube 9.

Anlegerinnen für Buchdruckpressen werden gesucht. **C. Görling,** G. m. b. H.

Putz-Arbeiterin sowie Lernende zur kommenden Saison werden angenommen. J. Hagen, Entenplan 9.

Verkäuferin für Damenhüte mit etwas Kenntnis in schriftlichen Arbeiten und Stenographie in dauernde u. gutbezahlte Stellung **gesucht.** Offerten unter 7000 F A an die Expedition d. Bl.

Suche zum 1.7. junges, sauberes **Mädchen.** Frau Artus, Lauchstedter Str. 18.

Sauberes, fleißiges, junges **Mädchen** möglichst vom Lande für ein Landhaus sofort gesucht. Ing. Riegel, Kötzschen.

Wegen Verheiratung meines jetzigen suche ich zum 1. Oktober **tüchtiges, älteres Mädchen,** welches kochen kann. Anmeldungen, am liebst. schriftlich, an Frau Landes-r. Albrecht, Bahnhofstr. 8.

Besseres Mädchen als **Aufwartung** für den halben Tag gesucht. Ing. Ernst, Ober-Altenburg 7.

Zuverl. Aufwartung für 1—2 Stunden morgens ges. Wilhelmstr. 2, 1 Tr.

Eine Patentkapsel von Rollwagen verloren. Wiederbringer erhält Belohnung. Grünewald, Brühl 16.

Lebensmittelheft Nr. 7658 verloren geg. Gegen Belohnung abzugeben Mühlberg Nr. 15.

Dies. Person, die die Fettmarken Nr. 9221, 9222 in Käthe's Butterst. an sich gen. hat, wird ers. dies. Burgstr. 13 bei Joseph abzug.

H. H. Ende gut — alles gut! Bitte die Absenderin der Karte vom 24. 4. 19 mit obiger Unterschrift herzlich und dringend um Zusendung des versprochenen Briefes sowie vertrauensvolle Angabe ihrer jetzigen Adresse an den Empfänger der obengenannten Karte. Schubert, Benzolfabrik Waidenburg.

Hermann Schladitz

Uhrmacher

Zeitgemäße Schmucks
Bestecke
Optische Artikel

Großes Lager
moderner Uhren

Kl. Ritterstr. 11

Fernsprecher 472

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-60787691319190615-19/fragment/page=0004

Beilage zum „Merseburger Korrespondent“.

Nr. 129 Sonntag, den 15. Juni 1919 45. Jahrg.

Die Unabhängigen und das Eden-Hotel.

Erklärungen des Herrn Emil Barth.

Die „Freiheit“ verschert, daß „die Partei als solche“ mit den Verhandlungen, die der Führer Emil Barth mit dem General der Garde-Kavallerie-Schützen-Division im Eden-Hotel betrieb, „nicht das geringste zu schaffen“ habe. Nach wie vor wünschten die Unabhängigen „die Schaffung einer rein sozialistischen Volksmehr und die Beseitigung des Noske-Systems“, und sie seien nicht so naiv, sich auf die Freiwilligentruppen stützen zu wollen. Der Genosse Emil Barth habe auf eigene Faust gehandelt und es sei ihm „darüber kein Zweifel gelassen worden, daß diese Unterredung“ — mit dem General — „ein Unfug und eine lächerliche Kinderei gewesen ist, ganz gleichgültig, was dabei gesprochen wurde.“ Die „Freiheit“ fügt, ohne Schonung für Herrn Barth, hinzu: „Wir bedauern es, daß solche Extravaganzen vorkommen können, und sind der Meinung, daß Genossen, die so leicht in die Falle gehen, für führende Stellen nicht gerade die nötige Eignung besitzen.“ Aus der Schärfe dieses Verweises ist ersichtbar, daß den Unabhängigen die Mitteilungen über den Anhandelungsversuch im Eden-Hotel sehr unangenehm waren, und das ist ja auch, nach allem, was die Radikalen über die Verbindung der jetzigen Regierung mit den „Mordgarden“ gesagt und geschrieben hatten, durchaus begreiflich. Die Worte über die „Falle“ könnten freilich den Eindruck erwecken, als ob Herr Barth vor allem deshalb so rücksichtslos getadelt würde, weil er „so leicht in die Falle“ gegangen ist.

Im übrigen unterliegt es keinem Zweifel, daß von seiten der Radikalen versucht wird, die Freiwilligentruppen zum Abfall von der jetzigen Regierung zu bewegen, wenn auch im Eden-Hotel Herr Barth vielleicht nur allein gewesen hat. Die darüber vorliegenden Informationen, andere Anzeichen und nicht zuletzt die Androhung neuer Streiks haben, wie schon gesagt, denn auch die Gerüchte über Pläne und Vorbereitungen zu einem Putsch hervorgerufen. Man nahm vielfach an, daß ein solcher Putsch heute, nach der Beerdigung Rosa Luxemburgs, versucht werden würde, aber wenn ein derartiger Plan bestanden haben sollte, dürfte er wohl aufgegeben worden sein. Ernster zu nehmen sind die abermaligen Streikdrohungen, die wieder mit bemerkenswerter Gleichzeitigkeit auftreten. In den Kreisen der Regierung ist man überzeugt, daß die verfügbaren Abwehrkräfte vollkommen genügen würden, um ernstere Ruhestörungen zu verhindern. Es ist aber dringend zu hoffen, daß diese Abwehrkräfte nicht erst in Aktion zu treten brauchen, und daß auch endlich überall begriffen werden wird, wie sich die gesamte wirtschaftliche Lage, und damit die Lage jedes einzelnen, durch Streiks, die eine Warenerzeugung und also auch den Ankauf von Lebensmitteln unmöglich machen, stetig weiter verschlimmern muß.

Herr Emil Barth verfendet eine Erklärung über seine Besuche im Eden-Hotel, die folgendermaßen lautet:

„Zu den „Enthüllungen“ des Herrn Noske habe ich folgendes zu erklären:

1. sind meine zwei Unterredungen mit Offizieren der Garde-Kavallerie-Schützen-Division ohne Wissen und Betragen der zentralen und örtlichen Parteileitung erfolgt,

2. war ich von der Nichtvertrauenswürdigkeit und der Weiterberichtung dieser Unterredungen an Herrn Noske von vornherein überzeugt,

3. ist in den Unterredungen weder über den Sturz der Regierung, also auch noch viel weniger über eine Übernahme derselben durch uns gesprochen worden.

4. Über die Motive, die mich veranlaßten, an diesen Unterredungen teilzunehmen, lehne ich vorläufig ab, mich zu äußern.

Emil Barth.“

Da Herr Barth im Eden-Hotel, so bemerkt hierzu das „B. T.“, nicht über den Sturz der Regierung gesprochen haben will, so ist nur anzunehmen, daß er sich dort mit den Offizieren über das Wetter oder über andere harmlosere Tagesfragen unterhalten hat. Immerhin scheinen wenigstens seine „Motive“ nicht ganz so harmlos gewesen zu sein, da er sie nicht angeben will. Wenn Herr Barth, wie er versichert, überzeugt davon gewesen wäre, daß seine Unterredungen Herrn Noske mitgeteilt würden, so hätte er sie doch vielleicht nicht vorgebracht. Nun weiß alle Welt, daß dieser Reine — einer von den Allerreinsten — sich mit den Offizieren der Noske-Garden verbünden wollte, und das versetzt dem Glauben an Reinheit und Prinzipientreue einen schweren Stoß.

Verbandstag der Gewerkvereine.

Vertreter der Hirsch-Dunckerschen Gewerkvereine sind in Berlin zu einem Verbandstag zusammengetreten. Dieser hat eine Reihe bedeutungsvoller Beschlüsse gefaßt.

Der Verbandstag „hält die Überleitung solcher Betriebe in die Gemeinwirtschaft für notwendig, die den Charakter privatmonopolistischer Herrschaft angenommen haben oder annehmen, oder die durch eine staatlich geregelte Bewirtschaftung eine Steigerung ihrer Leistungsfähigkeit erzielen können und damit einen Nutzen für die Gesamtheit bedeuten.“ Bei diesen Sozialisierungsmaßnahmen „sind die Urteile sozial- und wirtschaftspolitischer Sachverständiger zu beachten, die Wettbewerbsfähigkeit des deutschen Handels und der deutschen Industrie genügend zu wahren und dafür Sorge zu tragen, daß die persönliche Initiative und Schaffenskraft nicht ertötet wird.“ Die internationale Regelung der Gemeinwirtschaft soll angestrebt werden.

Zur

Arbeitslosenversicherung

hat der Verbandstag die Erklärung beschlossen:

„Der von den Deutschen Gewerkvereinen stets vertretene Grundsatz, daß als Träger der Arbeitslosenversicherung in erster Linie die Berufsvereine der Arbeitnehmer in Betracht kommen, hat sich als durchaus richtig erwiesen. Die von den Organisationen geschaffenen Unterstützungseinrichtungen haben sich ausgezeichnet bewährt und müssen deshalb auch für die Zukunft aufrecht erhalten und ausgebaut werden.

Anderseits hat eben die Erfahrung gelehrt, daß die Selbsthilfe nicht ausreicht, alle von der Arbeitslosigkeit betroffenen Arbeitnehmer gegen ihre Folgen zu schützen und damit öffentliche Notstände zu verhüten, da weite Kreise der Arbeiter von den Einrichtungen der Berufsvereine keinen Gebrauch gemacht haben. Deshalb hält der 20. ordentliche Verbandstag der Deutschen Gewerkvereine (H.-D.) die gesetzliche Regelung der Arbeitslosenversicherung für dringend geboten. Die Mittel sind durch Beiträge der Versicherten und der Arbeitgeber sowie durch Zuschüsse des Reiches aufzubringen.

Zur Verringerung der Kosten und Vereinfachung der Verwaltung sind die bestehenden Einrichtungen der Berufsorganisationen der Arbeitnehmer bei der Durchführung nutzbar zu machen, wofür diesen Organisationen ein Teil der eigenen Aufwendungen für die Zwecke der Arbeitslosenunterstützung erstattet wird. Die Selbstfürsorgeeinrichtungen der Berufsvereine müssen ebenfalls gesetzlich gesichert sein, insofern eine Aufrechnung der von ihnen gezahlten Unterstützungen unzulässig ist.

Der Arbeitsnachweis als Kontrollinstanz ist einheitlich für das ganze Reich zu regeln und zu einer öffentlich-rechtlichen, unter paritätischer Verwaltung stehenden Einrichtung auszugestalten.“

Der Beschluß des Verbandstages zur

Rätefrage

hat folgenden Wortlaut:

„Das Rätesystem soll als wichtigstes Mittel in dem Streben der Arbeitnehmer nach Freiheit und sozialer Gerechtigkeit gelten und den Berufsvereinen neue Möglichkeiten und Wege zu fruchtbringender Arbeit bieten.

Zu den Aufgaben der Räte sollen gehören: 1. Förderung der Produktion in den Betrieben und Gewerben, 2. Ausübung des Mitbestimmungsrechts in den Betrieben, 3. Ausübung des Rechts der sozialen Selbstbestimmung und Selbstverwaltung, 4. Förderung der gemeinwirtschaftlichen Organisation des Wirtschaftslebens. Der Verbandstag lehnt politische Funktionen der Räte ab, weil nicht an die Stelle der alten Klassenherrschaft eine neue gesetzt werden darf.

Die Räte sind nach dem Verhältniswahlsystem zu wählen, betrieblich, fachlich und bezirklich zu gliedern und mit Ausnahme der Betriebsräte paritätisch einzurichten. Die Bildung besonderer, nur aus Arbeitnehmern bestehender Räte wird abgelehnt, weil durch sie keine produktive Arbeit geleistet werden kann und Anlaß zu stetem Streit mit den Berufsvereinen gegeben wird.“

Der 20. Verbandstag der Gewerkvereine begrüßt die Festlegung des Rätegedankens in der Verfassung. Er erhebt aber Einspruch dagegen, daß Einzelheiten über den Aufbau der Räte jetzt schon in der Verfassung festgelegt werden. Über wichtige Teile der Tätigkeit und Aufgaben der Räte besteht noch keinerlei Klarheit. Die Vorschläge des Rätekongresses sind ungenügend durchdacht und undurchführbar. Die weitere Aussprache wird gewiß bald eine Klärung erbringen. Um so mehr erübrigt es sich, vorzeitig eine Form festzulegen, die sich bald als ein schweres Hemmnis einer gesunden Entwickelung des Rätewesens entgegenstellen wird. Wir ersuchen das Plenum der Nationalversammlung, diese Festlegung auf Einzelheiten abzulehnen.

Diese Entschließungen wurden einstimmig angenommen. Auf dem Verbandstag sprach anstelle des Abg. Dr. Naumann, der leider erkrankt ist, Professor Günther über die Sozialisierungsfrage, der Verbandssekretär Lem in über die Arbeitslosenversicherung und der Abgeordnete Erkelenz über das Rätewesen.

Tagung der Seminarlehrer in Halle

Verein der Lehrerbildner der Provinz Sachsen.

Am Mittwoch und Donnerstag tagte im Hotel „Rotes Roß“ in Halle der Verein der Lehrerbildner der Provinz Sachsen.

Als Vertreter des Provinzialschulkollegiums wohnten den Verhandlungen bei: Geh. Oberregierungsrat Hache, Geh. Regierungsrat Kurpiun und Regierungsrat Dr. Siele, sämtlich aus Merseburg.

Der Vorsitzende, Seminarlehrer Schiele-Eilenburg begrüßte die Versammlung mit herzlichen Worten. Er gedachte in kurzen Worten der ernsten Zeit und gab der Hoffnung Ausdruck, daß es dem deutschen Volke gelingen möge, sich aus der Tiefe der Not durch ernstes Schaffen und Begeisterung für ein neues Ideal wieder herauszuarbeiten. Er hob hervor, daß der Tagung Vertreter der gesamten Lehrerschaft der Provinz Sachsen beiwohnen. Er hoffe, daß diese sich in Zukunft öfters zusammenfinden mögen zu ersprießlicher Tätigkeit zum Besten der Schulreform und des ganzen Volkes.

Es erfolgte alsdann die Beratung der 34 eingereichten Anträge, die sich in ihrer übergroßen Mehrheit mit einer Neuregelung der Dienstanweisung in den Seminaren, der Beförderung der Seminarlehrer und der Umgestaltung der Leitung der Seminare befaßten. Über die letzte Frage entspann sich eine rege Aussprache, in der der Vorsitzende des Landesverbandes Gerstenhauer-Berlin betonte, daß dies eine prinzipielle Frage, die nicht abhängig von den politischen Verhältnissen im Schulwesen sei. Der neuzuwählende Lehrerbildnerrat wird bei der Wahl der Seminardirektoren einen größeren Einfluß ausüben. Eine Reihe Anträge waren organisatorischer und wirtschaftlicher Art, u. a. soll ein Zusammenschluß der Lehrerbildner mit anderen Lehrerorganisationen angestrebt werden. Die Anträge wurden zum größten Teil angenommen.

Alsdann sprach Seminaroberlehrer Meyer-Genthin über die Kriegsseminaristenkurse an den Seminaren. Wegen vorgeschrittener Zeit konnten aus dem Vortrage nur zwei Spezialfragen herausgegriffen werden: die Frage der Abschlußprüfung und die Psyche der Kriegsseminaristen.

Donnerstag vormittag ging der weiteren Tagung eine allgemeine Versammlung sämtlicher Lehrerbildner der Provinz Sachsen voraus, in der eine Besprechung und Festsetzung der Wahl zum Lehrerbildnerrat erfolgte. Die hierzu aufgestellten Richtlinien wurden angenommen. Als Kandidaten zum Lehrerbildnerrat wurden aufgestellt die Seminardirektoren Engelbrecht-Eilenburg (Stellvertr. Jung-Mühlhausen), Proretor Gebler-Neuhaldensleben (Stellvertr. Oberlehrer Meyer-Genthin), die Seminarlehrer Schiele-Eilenburg, Buschmann-Aschersleben, Homburg-Neuhaldensleben (Stellvertr. Dr. Hermann-Genthin, Stoffel-Weißenfels, Möbius-Eilenburg), die Präparandenlehrer Jache-Neuhaldensleben und Bothe-Barby (Stellvertr. Schurig-Merseburg und Schweingel-Magdeburg).

Ein Antrag Genthin wünscht, daß bei der am 1. Oktober 1919 in Kraft tretenden allgemeinen Durchführung der Schulaufsicht auch die Lehrerbildner Berücksichtigung finden mögen. Ferner wurde der Zusammenschluß der Seminare in Bezirksvereine angeregt. — Als Vertreter für die Landesversammlung, die zugleich als Vertreter beim Reichslehrerbildnerverein fungieren wurden gewählt: Seminarlehrer Schiele-Eilenburg, Direktor Bär-Delitzsch und Präparandenlehrer Jache-Neuhaldensleben als Vertreter für die Landeskonferenz Direktor Bär-Delitzsch und Oberlehrer Meyer-Genthin.

Hierauf hielt Seminardirektor Bär-Delitzsch einen Vortrag über „Die Reform der Lehrerbildung“, der in folgenden Leitsätzen gipfelte: „Wir bekennen uns zu dem Grundgedanken der Einheitsschule. Um allen Volksschichten, auch den Kindern des Dorfes und der Kleinstadt, den Aufstieg zur Hochschule zu ermöglichen, halten wir es für notwendig, eine neue, von der Volksschule aus unmittelbar zur Hochschule führende Schulform (Deutsches Gymnasium) zu schaffen. An die Lehrkräfte dieser oberen höheren Schulart sind dieselben Anforderungen zu stellen wie an die der anderen höheren Schulen. Die sachliche Ausbildung der Volksschullehrer vollzieht sich auf der pädagogischen Hochschule. Diese baut sich auf dem deutschen Gymnasium auf und nimmt auch Abiturienten der anderen höheren Schulen auf. Die gegenwärtigen Seminare sind je nach ihrer Eignung zu einem deutschen Gymnasium ohne oder mit aufgesetzter pädagogischer Hochschule auszugestalten. Die pädagogische Hochschule hat drei Aufgaben: die Einführung in die Erziehungswissenschaft, die Einführung in die Theorie und Praxis der Volksschularbeit einschließlich der wissenschaftlichen Einführung in die Stoffe der Volksschule und die wissenschaftliche und künstlerische Fortbildung in Wahlfächern. Bei der Berufung als Lehrer an die Akademie entscheidet allein die persönliche Befähigung.

Für die Übergangszeit fordern wir: das Nebeneinander Seminar mit einheitlichem Lehrkörper; die Durchführung des Fachlehrersystems; die Pflichtstundenzahl wie bei den wissenschaftlichen Lehrern an höheren Lehranstalten; den sofortigen Erlaß einer zeitgemäßen Dienstanweisung für den Lehrkörper des Seminars; alle an den Lehrerbildungsanstalten fest angestellten Lehrkräfte sollen nach Rang und Gehalt gleichgestellt werden den Oberlehrern an höheren Lehranstalten; sie erhalten die Amtsbezeichnung Oberlehrer. Die Direktoren an den Lehrerbildungsanstalten sollen den Direktoren der Vollanstalten gleichgestellt werden; gleichmäßige und zeitgemäße Entschädigung für Nebenbeschäftigung (Unterrichtsstunden an der Präparandenanstalt, Kassenführung, Bibliothek).“

Der Vortrag wurde mit großem Beifall aufgenommen. Es schloß sich ihm noch die Wahl der Bildungskommission an, mit der die Versammlung ihr Ende fand.

Provinz und Umgegend.

† **Halle**, 14. Juni. In der Stadtverordnetensitzung am Mittwoch gaben sämtliche unbesoldete Stadträte die Erklärung ab, daß sie dem auf Grund des allgemeinen, gleichen, geheimen Wahlrechts gewählten neuen Kollegium ihre Ämter zur Verfügung stellen. Es werden deshalb in einer der nächsten Sitzungen Neuwahlen vorzunehmen, bei denen die Stadtratsämter nach der Stärke der Fraktionen verteilt werden sollen. Die Versammlung beschloß weiter einstimmig, daß Stadttheater schon zum 1. September d. J. in städtische Regie zu nehmen. Vom Magistrat wurde dabei mitgeteilt, daß eine Ausschreibung des Intendantenpostens, der mit 20 000 ℳ Jahresgehalt ausgestattet werden soll, wegen der Kürze der Zeit unmöglich sei. Daher erscheine es als der einzig gewiesene Weg, den jetzigen Theaterdirektor Saalfe, gegen dessen künstlerische Leistungen keine Einwendungen erhoben werden können, mit dem Intendantenposten zu betrauen. Die Theaterdeputation wird sich mit diesem Plan noch zu beschäftigen haben. — Die Schlachthofgebühren, die anfänglich erst um 125 Prozent heraufgesetzt sind, beschloß man um abermals 175 Prozent zu erhöhen. Zwischen der Artilleriekaserne und Ruschies Hof an der Merseburger Straße soll eine Siedlungsanlage mit 1000 Wohnungen samt Gärten angelegt werden; es

Arme Liane.

Originalroman von H. Courths-Mahler.

68. Fortsetzung. (Nachdruck verboten.)

Sie reichte ihm das Schreiben.

Er lehnte sich neben ihr an seinen Schreibtisch und las den Brief durch. Die Adern an seiner Stirn schwollen an, ein düsterer Zorn blitzte aus seinen Augen.

Und als sie das sah, wurde sie ganz ruhig. Das Herz wurde ihr wieder leicht und frei.

Als er zu Ende gelesen hatte, ließ er den Brief sinken. Er war sehr blaß und in seinem Antlitz zuckte die Erregung. Aber seine Augen sahen fest und klar in die seiner Frau.

Er faßte ihre Hand.

„Ich danke dir, Stefanie, daß du mit diesem Brief zu mir gekommen bist, ohne Zweifel, ohne Schwanken. Ich danke dir für dein Vertrauen. Und das Wichtigste zuerst — nein, das hätte ich dir bei Gott nicht angetan. Dazu steht du mir zu hoch — dazu habe ich dich viel zu lieb. Ja, Stefanie, ich kann jetzt ehrlich sagen, daß ich dich liebe — dich allein. Dieser Brief ist die Ausgeburt einer niedrigen Phantasie, die häßliche Verleumdung einer gehässigen Person. Nicht alles in diesem Briefe ist erdichtet und erlogen. Ich wurde durch denselben gezwungen, dir ein Geheimnis zu enthüllen, das ich dir schon lange gern enthüllt hätte. Ich muß dir nun alles beichten, wie das zusammenhängt. Sieh mich an, Stefanie — glaubst du mir?“

Groß und ernst sah sie ihn an.

„Ich glaube an dich, wie an mich selbst, Joachim.“

Innig zog er ihre Hand an seine Lippen. Und dann setzte er sich ihr gegenüber.

„Also höre mich an, Stefanie. Liane Reinold ist mein Schützling — meine Pflegetochter. Ich halte sie im Herzen wie ein eigenes Kind. Als ihre Mutter starb, stand sie im zweiten Lebensjahre. Sie wurde mir eine Tochter. Ich brachte sie zu einer Tante ihrer Mutter und besuchte sie damals jedes Jahr einige Male. Sie nannte mich Onkel Joachim und liebte mich wie einen eigenen Vater. Nach dem Tode ihrer Großtante brachte ich sie in ein Pensionat. Dort blieb sie bis zu ihrem neunzehnten Jahre. Auch dort besuchte ich sie zuweilen, um mich von ihrem Wohlergehen zu überzeugen.“

„Und warum ließest du mich an diesem Liebesnest teilnehmen, Joachim?“ fragte die Gräfin ernst.

Er strich sich über die Stirn.

„Warum? Darauf kann ich dir auch heute keine erschöpfende Antwort geben, in meinem eigenen Interesse. Als wir uns verheirateten, war Liane drei Jahre alt. Damals mußt ich starben uns damals ziemlich fremd gegenüber, ich kannte dich nicht, so wie ich dich heute kenne. Damals glaubte ich, ich dürfte dir nicht zumuten, daß du dich um dieses dir fremde Kind kümmerst. Später aber fand ich nicht mehr die Unbefangenheit, dir von meinem Pflegeschützlerchen zu sprechen. Außerdem hatte ich Liane nichts davon gesagt, daß ich mich verheiratet hatte. Weil ich sie nicht in mein Haus nehmen konnte, wollte ich sie nicht fühlen lassen, daß darin kein Platz für sie war. Sie hielt mich also für völlig alleinstehend. Als sie dann schließlich zu alt wurde, um länger in der Pension zu bleiben, wußte ich nicht, wohin mit ihr. Ein Mann ist in solchen Fällen unbehelfen und unpraktisch. Ich mietete also eine Wohnung und gab sie für mein eigenes Heim aus, in das ich Liane nun holte. Weil ich selten bei ihr sein konnte, ließ ich sie glauben, meine Geschäfte führten mich immer auf Reisen, so daß ich nur zuweilen wenige Tage zu Hause sein könne. Zu ihrem Schutz engagierte ich diese Frau Doktor Bartels. Sie schien darauf zu spekulieren, daß ich sie eines Tages zur Gräfin Rastenau machen würde. Als sie merkte, daß diese Hoffnung eine vergebliche war, begann sie, Liane gegenüber einen häßlichen Ton anzuschlagen. Diese beklagte sich bei mir und beschwerte sich zugleich über allerlei Häßliches und Frivoles im Wesen dieser Frau. Ich kündigte ihr also und sie machte mir eine Szene.“

Graf Joachim erzählte nun, was weiter geschehen war.

Dann erbob er sich und nahm Lianes Briefe aus einem Fach seines Schreibtisches. Die legte er vor seiner Gemahlin hin.

„Zu kaum alle diese Briefe lesen, Stefanie und wirst am besten daraus sehen, wie wir zusammenstehen. Ich gebe dir mein Ehrenwort, daß ich für Liane nur väterlich empfinde, und daß auch sie mich liebt wie ein Kind ihren Vater. Glaubst du mir das?“

Die Gräfin hatte still zugehört und ihren Gatten dabei nicht aus den Augen gelassen.

„Ich glaube dir, Joachim. Aber, was du mir nicht sagen willst, um mich zu schonen, das weiß ich nun auch.“

Er wurde ein wenig blaß.

„Was meinst du?“ fragte er leise.

Sie sahte seine Hand.

„Du hast mir verschwiegen — daß die Mutter von Liane Reinold die Frau war, die du einst geliebt hast. Nur so kann ich mir dein warmes Interesse für ihr Kind erklären.“

Er faßte ihre Hand und drückte sie an seine Augen. Eine Weile sah er so da. Dann hob er das Haupt und sah sie mit einem Blick an, der sie bis ins Herz traf, so weh und leidensvoll war er.

„Ich verschwieg es dir, weil ich dir nicht wehe tun wollte. Ja, Stefanie, ich habe Lianes Mutter einst über alles geliebt — so geliebt, daß ich ihr willig jedes Opfer gebracht hätte. Als sie starb, war mein Leben lang ohne Sonne mein einziger Trost — ihr Kind. Verzeihe, wenn ich dir mit bei Eröffnung wehe tat. Aber du mußtest es wissen, da du es wim.“

Tief atmete Gräfin Stefanie auf.

„Ich habe nichts zu verzeihen, Joachim. Wir haben uns damals ehrlich gesagt, daß wir einander keine Liebe geben können. Und da dies eine Stunde der Bekenntnisse ist, will auch ich dir ein solches machen. Ehe ich dich kennen lernte, hatte auch ich mein Herz einem andern geschenkt — er hieß Georg von Werben und — war arm, wie ich. Es gab keine Möglichkeit für uns, einander anzugehören. Er ging nach Südwest. Dort ist er gefallen. Ein Jahr nach seinem Tode wurde ich deine Frau. Ich habe Georg von Werben lange in meinem Herzen betrauert — bis es sich dir langsam zuwandte. Nun sind wir quitt, Joachim.“

Er küßte ihr beide Hände.

„Du liebes, großes Herz“, sagte er innig. Sie errötete, wie ein junges Mädchen. Und um ihre Verwirrung zu bemänteln, sagte sie lebhaft:

„Aber schelten muß ich dich doch wegen deiner Unkluugheit. Wie du mir das alles erzählt hast, ist es kein Wunder, daß deine arme Pflegetochter in so einem schlimmen Verdacht kam. Das arme Kind! Wir müssen es schnell nach Rastenau holen und diese Lästerzunge zum Stillschweigen bringen.“

„Stefanie — das wolltest du tun?“

Sie lächelte.

„Zweifelst du daran?“

„Ich bewundere deine Größe — und ich kann es kaum fassen, daß ich nun das alles so wunderbar leicht entwirren lassen wird durch deine Güte.“

„Hättest du nur längst Vertrauen zu mir gefaßt. Denke nur, wie Steffie sich freuen wird, wenn ihre schwärmerisch verehrte Liane Reinold ins Haus kommt.“

Er küßte ihre Hände wieder und wieder.

„Lange wird sie nicht bei uns bleiben, Stefanie. Du weißt noch nicht alles. Nun sollst du auch das hören. Detlev hat Liane schon in Berlin in der Pension Wiesemann kennen gelernt, ohne daß er wußte, in welchem Zusammenhang sie mir mir stand. Er liebt sie und will sie zu seiner Frau machen. Das war es, was wir Freitag abend besprachen.“

Überrascht sah ihn die Gräfin an.

„Aber Joachim — er darf doch nur eine ebenbürtige Gemahlin heimführen.“

Zärtlich legte er den Arm um ihre Schulter und berichtete von der Klausel in der Urkunde und von allem, was er mit Detlev besprochen hatte.

„Weiß Detlev nun, wie du zu Liane stehst?“ fragte die Gräfin, als er zu Ende war.

Er schüttelte den Kopf.

„Nein, noch weiß er von nichts. Ich habe mir diese Sache durch den Kopf gehen lassen und wollte es dir und ihm an einem Tage sagen. Nun wird er es etwas später erfahren wie du.“

Sinnend sah die Gräfin vor sich hin. Ein seltsames Lächeln lag in ihren Augen. Sie strich leise über des Gatten Stirn.

(Fortsetzung folgt.)

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-60787691319190615-19/fragment/page=0005

wurden 111 500 ℳ für Kanalisation bewilligt. — Die Vorlage des Magistrats, auf dem Rosplatz eine neue Handels- und Gewerbeschule für Mädchen zu erbauen, legte die Versammlung auf ein Jahr zurück.

† Teutschenthal, 14. Juni. Mehrere am „Karnickelberge" mit Rübenwerfen beschäftigte Knaben aus Langenbogen vertrieben sich die Zeit während der Mittagspause damit, daß sie eine Höhle in den Abhang des Berges gruben und da hinein krochen. Da das Erdreich aber nur aus lockerem Sande bestand, so brach es zusammen und begrub einen 13jährigen Knaben unter sich, der nur als Leiche hervorgezogen werden konnte.

† Bad Kösen, 14. Juni. Wie der Magistrat bekannt gibt, hat das Naumburger Amtsgericht die Klage der früheren Kösener A.-R.-Mitglieder Schuster und Voigt mit der Begründung abgewiesen, daß zwischen dem Magistrat und dem A.-R. keine rechtsverbindlichen Abmachungen bestanden. Mit Rücksicht auf dieses Urteil und auf die vom Minister des Innern wiederholt vertretene Ansicht über die A.-Räte hat der Magistrat beschlossen, jede weitere Kontrolltätigkeit des A.-Rates abzulehnen und ihm die Benutzung des Zimmers im Rathause zu verbieten.

† Zeitz, 14. Juni. Erster Bürgermeister Jaenicke hat heute früh die überraschende Nachricht erhalten, daß er zum Regierungspräsidenten von Breslau ernannt worden ist. Der Erste Bürgermeister Jaenicke bekanntlich aus Breslau stammt, scheint es, als ob die zurzeit besonders schwierigen Verhältnisse in Schlesien die Berufung eines Schlesiers auf diesen verantwortungsvollen Posten hervorgerufen haben.

† Eisenach, 14. Juni. Weil die Eltern eines Dienstmädchens aus Schwarzhausen von einer Verbindung mit dem Dreher Karl Schäma aus Kleinschmalkalden, zuletzt hier, nichts wissen wollten, faßten die beiden jungen Leute den Entschluß, in den Tod zu gehen. Durch Schüsse in die Brust wurde das Mädchen schwer verletzt, während der junge Mann sofort tot zu Boden fiel.

† Osterfeld, 13. Juni. Der Militär-Invalid Lukinger von hier verletzte gestern abend die Minna Wilhelm, mit der er ein Verhältnis unterhielt, nach kurzem Streit durch einen Revolverschuß schwer am Kopfe. Die Verletzte wurde nach Halle in die Klinik gebracht.

† Magdeburg, 14. Juni. Die Reichsstelle hat für die Kreise Wanzleben und Calbe die Zwangsbewirtschaftung der Zwiebeln, sowohl der Herbst- wie Frühzwiebeln, angeordnet.

† Stendal, 14. Juni. Ein Großfeuer äscherte das dem Fleischermeister Walzel gehörige Haus ein. Das Haus war sehr niedrig versichert, so daß der Besitzer großer Schaden trifft. Der Schaden beträgt etwa 200 000 ℳ.

† Braunschweig, 14. Juni. Die Luftrederei hat sich entschieden, vorläufig während der Harzburger Rennen einen Luftverkehr zwischen Braunschweig und Bad Harzburg einzurichten, und zwar werden die Flugzeuge auf dem hiesigen Flugplatz starten und auf dem Rennplatz bei Bad Harzburg-Bündheim landen.

† Dresden, 14. Juni. Drei schwere Mordtaten sind hier innerhalb der letzten Tage verübt worden. Verschiedene Umstände haben die Dresdener Kriminalpolizei zu der Annahme bestärkt, daß alle drei Mordtaten von ein und derselben Person verübt wurden und daß diese Person wahrscheinlich ein Geisteskranker ist. Maßgebend für diese Ansicht ist die Tatsache, daß in allen drei Fällen die zu erwartende Beute in keinem Verhältnis zu der Schwere des Verbrechens stand und daß der Mörder Wertobjekte, die er leicht hätte mitnehmen können, unberührt liegen ließ. Andere Umstände sprechen auch dafür, daß es dem Geisteskranken nur darum zu tun war, in einem krankhaften Sensationstrieb von sich reden zu machen.

Ein Leipziger Protestag.

Leipzig, 13. Juni. Gestern fanden, veranstaltet von dem Verband der Industriellen, des Handels, des Gewerbes und verschiedener anderer kaufmännischer Angestellten-Verbände, drei Massenversammlungen zugunsten des Wiederaufbaues des deutschen Volkswirtschaftslebens statt, welche namentlich den Abbau der Kriegsgesellschaften, sowie die Beseitigung der Zwangswirtschaft forderten und die Planwirtschaft des Reichswirtschaftsministers Wissell entschieden verwarfen. Als Hauptredner waren die demokratischen Mitglieder der Nationalversammlung Dr. Höpfel, Privatangestellter Schneider, Staatsminister a. D. Nitsche-Leipzig erschienen. Ein Teil der Fabriken, Handelsbetriebe und Detailgeschäfte waren geschlossen. Das sozialdemokratische Gewerkschaftskartell hatte gleichzeitig neun Protestversammlungen zugunsten des sozialen Wirtschaftssystems einberufen. Die Straßenbahnangestellten streikten auch, um gegen die Schließung der Lebensgeschäfte zu demonstrieren.

*

Kleine Nachrichten.

Der Vorstand der Landwirtschaftskammer in Sondershausen hat beschlossen, den Arbeitern der Landwirtschaft und Industrie, sowie kleineren Handwerkern, denen es bisher nicht möglich war, sich ein Jungschwein zur Mast für die eigene Wirtschaft zu beschaffen, eine Geldbeihilfe zum Ankauf von solchen zu gewähren. — Im ganzen Staate Gotha sind die Schießübungen des Schützenvereins mit der Begründung unterlegt worden, daß solche Übungen unter der Arbeiterschaft Beunruhigung hervorrufen könnten. — In Kranichfeld wollte die Ehefrau des Landwirts Lines Wasser aus der Ilm holen. Sie verlor dabei das Gleichgewicht und stürzte in den Fluß und ertrank. — In Großneuhausen stürzte der 17 Jahre alte Knecht Otto Kleber so unglücklich aus der Luftschaukel, daß der Tod in kurzer Zeit eintrat. — Eine Bisamratte wurde in Zeulenroda erschlagen. Anscheinend breitet sich dieser gefährliche aus Amerika eingeschleppte Nager immer weiter aus. — In Schleiz droht ein Beamtenstreik, wenn ihr Gesuch auf Gehaltserhöhung nicht bald erledigt wird. — Eine gute Heidelbeerernte steht im Thüringischen Oberlande in Aussicht. — Der bekannte Maler und Wohnungskünstler Prof. Paul Schultze-Naumburg, der in Saalecksburg bei Naumburg sein Künstlerheim aufgeschlagen hat, beging am 10. Juni seinen 50. Geburtstag.

Freie Volkskirche.

Eingesandt.

Der Artikel in der Beilage zum „Merseburger Korrespondent" von Donnerstag den 12. Juni „Freie Volkskirche" hat in den kirchlichen Kreisen unserer Stadt starkes Befremden erregt. Es seien uns daher einige Bemerkungen zu diesem Artikel gestattet.

Es wird zunächst hingewiesen auf ein Flugblatt des Bundes „Freie Volkskirche" und auf Grund dieses die „Freie Volkskirche" hingestellt als ein Zeichen dafür, daß nun endlich sich in unserer evangelischen Kirche Leute gefunden haben, die mit klarem Blick erkannt haben und es aussprechen, woran unsere Kirche krankt und wie ihr geholfen werden kann. Wenn dies die Meinung des Artikelschreibers ist — und den Eindruck wird jeder unbefangene Leser haben — so können wir nicht umhin zu erklären, daß hier zum mindesten eine erhebliche Unkenntnis dessen vorliegt, was in der letzten Zeit in unserer Kirche in dieser Richtung geschehen ist. Der Verfasser müßte wissen, wenn er über ein derartiges Thema schreibt, daß der Wunsch, eine freie Volkskirche zu schaffen, bereits seit Jahren durch weite Kreise unserer Kirche geht, und zwar ohne Rücksicht auf die Parteizugehörigkeit, die man doch endlich aus der Erörterung kirchlicher Fragen herauslassen sollte.

In der letzten Zeit sind allein 11 verschiedene Vereinigungen uns bekannt geworden — es mögen also noch mehr sein — die alle als Ziel ihrer Arbeit die freie Volkskirche erstreben. Am 29. April haben sich die Vertreter dieser Evangelischen Volkskirchenverbände in Berlin zusammengefunden, um diese gemeinsamen Aufgaben und Ziele zu besprechen und haben sich dabei zu einem „Deutschen Volkskirchenbund" zusammengeschlossen. Wie stark diese Verbände sind, mögen die Mitgliederzahlen einiger von ihnen zeigen: So hat Hannover bereits (Mitte Mai) 268 000, Ostpreußen 247 000, Braunschweig 80 000, Sachsen über 70 000 Mitglieder. Sie alle erstreben eine freie Volkskirche, genau so wie das erwähnte Flugblatt, dessen Forderungen teils selbstverständlich, teils durchaus nicht neu sind. (In den letzten Nummern des Gemeindeblattes St. Maurici ist ja wiederholt darüber geschrieben worden, besonders im ersten Teil des Aufsatzes über „Was leistet die Kirche dem Staat?") Jeder, der ein Herz hat für unsere Kirche, wünscht „den Ausbau der innerlich wahrhaftigen Volkskirche" und daß „deren Einrichtungen von dem wahren christlichen Sozialismus brüderlicher Gesinnung durchdrungen sein" mögen; daß die „neue Kirche in keiner Weise einen Unterschied nach Stand und Besitz mache", daß alle Glieder und Stände des Volkes zur kirchlichen Mitarbeit willkommen seien". Ob der Vorschlag betreffs der Wahlen zu den Gemeindekörperschaften und Synoden, wonach bereits jeder Mann und jede Frau vom 20. Lebensjahre an wahlberechtigt sein solle, wirklich dazu beiträgt, „viel Segen für Kirche und Volk hervorgehen" zu lassen? Wir bezweifeln es, denn in der Regel wird ein zwanzigjähriger Jüngling oder ein gleichaltriges Mädchen kaum imstande sein, die oft recht schwierigen Fragen zu beurteilen, die hier in Betracht kommen, um eine wohlerwogene Stimme abzugeben; denn mehr wie auf irgend einem anderen Gebiet gilt es hier, daß die Stimmen gewogen, nicht gezählt werden müssen. Es würde zu weit führen, auf die anderen Punkte noch näher einzugehen; es sind fast alles Selbstverständlichkeiten, die da gesagt sind. Aber manche Schwierigkeit wird einfach hinweggegangen, als ob sie nicht vorhanden seien, wie z. B. die Beseitigung des Patronatsrechtes, wer soll denn auf dem Lande die Patronatslasten tragen, z. B. bei Erneuerungsbauten des Kirchengebäudes? Wir wissen nicht, ob im Flugblatt selber diese Schwierigkeiten beseitigt sind — in dem Artikel selber — und den haben doch bloß die Leser des „Korrespondent" vor sich, geschieht es jedenfalls nicht.

Bedauert haben wir den zweiten Teil des Artikels. Wer ihn unbefangen liest, muß denken: die evangelische Kirche ist völlig rückständig, überaltert, unbeholfen und daher wertlos geworden. Zum Schlusse erkennt man ja freundlichst an, daß die evangelische Kirche auch auf vielen Gebieten sich große Verdienste erworben habe, aber der Vorwurf der Abhängigkeit von oben, der Engherzigkeit und Mangel an Fortschritten könne ihr nicht erspart bleiben.

Es ist das alte Lied: Zimmer tadeln, kritisieren, als rückständig hinstellen — und dann wundert man sich, wenn die Liebe zur Kirche fehlt. Genau so war's ja vor 1914: gewisse Zeitungen wußten nichts besseres zu tun, als immer nur ebenfalls alles Deutsche zu tadeln, zu kritisieren und als rückständig hinzustellen, natürlich war die Folge die, daß das Ausland, welches diese Zeitungen gelesen hatte, meinte: Deutschland ist uns ja noch weit, weit, daß es zu Grunde geht. — Glaubt man wirklich, durch solche Artikel etwas zu bessern? Nein, redet in den Versammlungen der Körperschaften, wo die Beschlüsse gefaßt werden, wenn ihr meint, es sei etwas rückständig und müßte geändert werden! Der frühere Verleger des „Korrespondent" sitzt ja selber im Gemeindekirchenrat. Wir haben nicht mit ihm gehört, daß er über irgend welche kirchliche Rückständigkeit zu klagen gehabt hätte! Wo sind denn, fragen wir, die Männer und Frauen, die es ausgesprochen haben, wo unsere Kirche krankt und wie ihr geholfen werden kann, „als Christen zweiter Ordnung eingeschätzt" worden? Allerdings bedanken wir uns für solche Neuerungen, die bei der Trauung die Frage streichen wollen: „willst du heiraten, unterstehe sein in dem Herrn?", weil „Mann und Frau im politischen und wirtschaftlichen Leben Gleichberechtigung erlangt haben". Hat denn der Schreiber des Korrespondent-Artikels gar kein Verständnis dafür, daß in einer rechten Ehe bei aller politischen und wirtschaftlichen Gleichberechtigung der Ehegatten der Mann der Ausschlaggebende sein muß, und von einer wirklich christlich gesinnten Frau auch gern als solcher anerkannt werden wird? Der Artikelschreiber vermißt die Nennung der unehelich geborenen Kinder bei den Abkündigungen der Geburten von der Kanzel, — hat er kein Verständnis dafür, daß hier die Frage des Taktes und Zartgefühls eine wesentliche Rolle spielt? An vielen Orten, vor allem in ländlichen Gemeinden, wird auch für solche Kinder mit Freuden getauft. Zu welchen peinlichen Unzuträglichkeiten das vielfach geführt hat, weiß jeder Kundige. „Die Konsistorien stehen zumeist in dem Geruch der Rückschrittlichkeit und Unduldsamkeit" heißt es dann weiter. Nun, die Leser des „Korrespondent" interessiert zunächst doch unser Konsistorium, d. h. also das Magdeburger. Wer diesem aber Unduldsamkeit oder Rückschrittlichkeit vorwerfen wollte, der könnte es eben nicht. Wozu denn solche beleidigenden Vorwürfe? Will man den Konsistorien etwa im Ernst eine „ängstliche Bewachung des Religionsunterrichts durch bestellte Aufseher" vorwerfen? Diese ganze Frage der „Beaufsichtigung des Religionsunterrichts" ist eine staatsrechtlich geregelte, über die die Konsistorien allein gar nicht zu entscheiden hätten, um unterdessen ungerechtfertigt neu gereizt wird. Die daran gefnüpfte Bemerkung über die von den Konsistorien verlangte „Lehre, die mit den einfachsten und selbstverständlichsten Auffassungen im schreienden Widerspruch stand", überlasse ich der Beurteilung der Leser, denen wirklich das Wohl der Kirche am Herzen liegt. Jeder christliche Lehrer, der Religionsunterricht gibt, wird ebenso wie jeder andere Christ, der Ehrfurcht hat vor den erhabenen Lehren der Bibel und ihren Erzählungen empört sein über diese — milde gesagt „Entgleisung" des Artikelschreibers.

Wir meinen, so weit sollten wir doch heute fortgeschritten sein, daß wir wissen, daß echte Religion und echte Wissenschaft, auch Naturwissenschaft, nie in Gegensatz gegeneinander geraten können, wenn sie jede in ihren gegebenen Grenzen bleiben. Ebensowenig Sachkenntnis verraten die Sätze über „kirchliche Unduldsamkeit": „wer sich allusiehr von der vorgeschriebenen Glaubensfäßen entfernte, der wurde durch ein Spruchkollegium außer Amt und Würden gesetzt". Jeder unbefangene Leser muß denken, daß hier die beherrschende höfe „Orthodoxie" allkirchlich und so oft eine Anzahl Gleichsinniger vor ihr Gericht, das Spruchkollegium, fordert und ihres Amtes entsetzt und womöglich ins Elend stößt. Demgegenüber sei festgestellt, daß zunächst dies Spruchkollegium nur ein einziges Mal in die Erscheinung getreten ist und daß darin so bekannte und bedeutende liberale Männer wie die Professoren Wolf, Harnack und Loofs vertreten waren, daß dies Kollegium geschaffen wurde auf Grund eines Antrages nicht der „Positionen", der „Orthodoxen", sondern gerade der Liberalen in der Generalsynode, und daß dies Kollegium nur „feststellt", daß die Lehre des Betreffenden mit der Kirchenlehre unvereinbar sei und daher sein Amt als Pfarrer in der Kirche nicht mehr bekleiden könne und daher mit vollem Gehalt pensioniert werde. So steht diese ganze Angelegenheit doch etwas anders aus, als es nach dem Artikel scheint.

Überrascht waren wir geradezu über die Behauptung, daß infolge angeblicher Verbindung der Geistlichen mit den rechtsstehenden Parteien — als ob es nicht zahlreiche liberale Geistliche stets gegeben hätte — jetzt die Kirche keinen Zuzug mehr gewinnen sei: „man hätte wenig davon gehört, daß sie sich gegen die Beschneidung ihrer ehemaligen Rechte kräftig gewehrt hätte". — Welche Rechte sind denn der Kirche beschnitten? Wir glauben, die evangelische Kirche steht heute freier und besser da, wie vor der Revolution und zwar gerade dank ihrer Tätigen Vertretung in der Nationalversammlung und der wuchtigen Volksabstimmung für die Beibehaltung des bedrohten Religionsunterrichts, für die in wenig Wochen 5 355 092 Stimmen abgegeben wurden. Nur eins beklagt der Freund einer wahren freien Volkskirche, daß durch Schuld der demokratischen Fraktion im Verfassungsausschuß der Nationalversammlung die Rechte des Königs als oberster Bischof der Kirche nicht, wie es allein dem Wohle der Kirche entsprochen hätte und Kirchenrechtlich begründet ist, an die Kirche zurückfielen, wodurch sie dann wirklich frei von aller staatlichen Gebundenheit geworden wäre, sondern auf 3 Minister übertragen wurden, die der Dissident Leinert zu bestimmen hat. Mit Recht nennt der Demokrat Präsident F. Curtius in der „Frankfurter Zeitung" Nr. 321 diesen Beschluß eine „juristische Kuriosität und eine kirchliche Unbegreiflichkeit".

Nicht Herabsetzung der Kirche durch übertriebene Kritik, sondern tätige Mitarbeit an ihr, das tut jetzt not und diese erbittet die Kirche von allen ihren Gliedern.

Krahenstein, Pastor. Riem, Pastor. Werther, Pastor. Wulffe, Pastor.

Merseburg und Umgegend.

14 Juni.

(Weitere Lokalnachrichten siehe auch Hauptblatt.)

** Ausstandsware ist bezugsscheinpflichtig. Vielfach besteht, wie die Reichsbekleidungsstelle schreibt, unter der Bevölkerung, und teilweise auch im Handel, noch die irrtümliche Ansicht, daß Ausstandsware nicht bezugsscheinpflichtig sei. Insbesondere wird die jetzt aus dem Auslande, zum Teil über die besetzten Gebiete ins Inland gelangende Ware hier vielfach nicht im geregelten Handel, sondern auf dem Schleichwege, ohne Bezugsschein, zumeist zu hohen Preisen, verkauft. In einem Strafkammerurteile ist bereits früher entschieden worden, daß es unerheblich sei, ob die Sachen aus dem Inlande oder Auslande stammen. Das Kammergericht hat die Revision der Angeklagten als unbegründet zurückgewiesen und erklärt, die Berufsentscheidung sei ohne erhebliches Rechtsirrtum ergangen. Alle zur Überwachung der Einhaltung der Bezugsscheinbestimmungen zuständigen Stellen sind angewiesen, solchen Übertretungen erhöhtes Augenmerk zu widmen.

** Preiserhöhung des amerikanischen Schweinefleisches. Aus Berlin wird gemeldet: Die Reichsfleischstelle hat mit Rücksicht auf das Sinken der Valuta sich genötigt gesehen, die Preise für das amerikanische Pökelschweinefleisch zu erhöhen. Das Fleisch wird künftig zu dem Kleinhandelspreis von 6,96 ℳ für das Pfund ausgegeben. Vom 1. Juni ab werden nach der Bekanntmachung des Ministeriums vom 9. Mai die Verkaufspreise je nach dem Einkommen der Haushaltungsvorstände gestaffelt, so daß die Verbraucher mit den höheren Einkommensklassen für das Pfund 8 ℳ und 9,60 ℳ zu begahlen haben.

** Rückführung Gefangener in die Heimat. Der Volksbund zum Schutze der deutschen Kriegs- und Zivilgefangenen teilt mit: „Bei der Waffenstillstandskommission in Spa gehen zahlreiche Anfragen von Angehörigen ein wegen Rückführung Gefallener in die Heimat. Zurzeit ist die Rückführung noch nicht möglich, weil nach einer Mitteilung der belgischen Regierung aus wirtschaftlichen und hygienischen Gründen, sowie solchen der äußerlichen Gesundheitspflege bis auf weiteres jegliche Rückverschiebung von im Laufe des Krieges gefundenen Soldaten privatversellts verboten werden müßte. Im übrigen hat sich die belgische Regierung bereit erklärt, von Amtswegen die Umbettung deutscher Soldatengräbern von zerstreuten Einzelgräbern in besondere militärische Friedhöfe zu veranlassen."

** Alle 14 Tage schulfrei? Eine starke Bewegung zugunsten eines freien Schultages alle 14 Tage für Leibesübungen und Wanderungen hat überall eingesetzt und ist im Fortschritt begriffen. So kommen aus den verschiedenen Teilen Deutschlands Nachrichten, daß der freie Tag bereits bewilligt worden ist z. B. in Frankfurt a. M., in Neukölln, in Sachsen usw. Die preußische Oberlehrerschaft befaßt sich zurzeit mit einer Stellungnahme zu dieser Frage, die nach den vorangegangenen Besprechungen eine lebhafte Befürwortung erwarten läßt.

*

Gehaltsbewegung im mitteldeutschen Braunkohlengebiet.

Der von den Angestellten-Organisationen in Frage der schwebenden Tarifverhandlung mit dem Braunkohleninduste-Verein für den mitteldeutschen Bergbau angerufenen Schlichtungsausschuß konnte in der ersten am 7. Juni in Halle anberaumten Sitzung zu keinem Schiedsspruch kommen, weil die Unternehmer zum Verhandlungstermin nicht erschienen waren. Der von einem Beamten der Arbeitgeber eingereichte Antrag auf Vertagung der Verhandlung wurde vom Schlichtungsausschuß einstimmig abgelehnt, abgelehnt, doch konnte trop Schlichtungsausschuß setzte darauffin eine neue Sitzung auf den 12. Juni fest, nicht ohne insofern zu den ungenügend entschuldigt fehlenden Unternehmern Stellung genommen zu haben, als er diesen mitteilte, daß in der neuen Sitzung eventuell auch ohne ihre Anwesenheit ein Schiedsspruch gefällt werden würde. Des weiteren war den Unternehmern aufgegeben worden, bis zur nächsten Verhandlung zu den Forderungen der Angestellten im einzelnen in schriftlicher Erklärung Stellung zu nehmen. Die Angestellten sollten auf der anderen Seite die Unterlagen für die Beurteilung des Existenzminimums erbringen. In der Sitzung am Donnerstag kam es zu einer Auseinandersetzung zwischen den Vertretern des Schlichtungsausschusses und den Arbeitgebern, die schließlich die Sitzung verließen. Der Schlichtungsausschuß wird im ordentlichen Verfahren die Verhandlungen weiterführen. Nebenhergehend werden Bevollmächtigte der Angestellten das sofortige und unmittelbare Eingreifen der Reichsregierung herbeizuführen suchen, um dem mitteldeutschen Bergbaugebiet, wenn möglich eine schwere Erschütterung und eine Verschärfung der Gesamtlage zu ersparen.

*

Lehrgang

zur Ausbildung und Fortbildung von Jugendpflegern und Jugendpflegerinnen in Merseburg vom 15. Juli bis 8. August 1919 im Jugendheim „Herzog Christian".

(Veranstaltet vom Bezirksausschuß für Jugendpflege in Merseburg.)

Ausbildungsplan.

1. Woche.

a) Jugendkunde, Jugendpsychologie.
Unterweisungszeit: 4 Stunden.
Vortragender: Bezirksjugendpfleger Oberlehrer Hemprich.

b) Ärztliche Fürsorge für die heranwachsende Jugend.
Unterweisungszeit: 4 Stunden.
Vortragender: Medizinalrat Dr. Bundt in Halle a. S.

c) Bedeutung der Leibesübungen für die Jugenderziehung (Turnen, Sport, Wandern, Rudern, Jugendspiele usw.). Anlage von Spielplätzen, Einrichtung von Wettspielnachmittagen.
Unterweisungszeit: 3 Stunden.
Vortragender: Turnlehrer Frohne-Merseburg, Oberlehrer Dr. Taube-Merseburg.

d) Vier Stunden Jugendspiele.
Leiter: Turnlehrer Frohne.

e) Bedeutung der Handfertigkeiten für die Jugenderziehung. Leichte Holzarbeit, Kappenarbeit, Einrichtung von Jugendwerkstätten.
Unterweisungszeit: 2 Stunden.
Vortragende: Lehrer Wachsmuth-Ammendorf, Frau Dänicke-Weißenfels.

f) Organisation der Verbände für die Pflege der Leibesübungen im Regierungsbezirke.
Unterweisungszeit: 1 Stunde.
Vortragender: Bezirksjugendpfleger Oberlehrer Hemprich.

g) Aussprache, Übungen.

2. Woche.

a) Die volkswirtschaftliche und staatsbürgerliche Erziehung der heranwachsenden Jugend.
Unterweisungszeit: 6 Stunden.
Vortragender: Geheimer Regierungsrat Schwanert.

b) Fortbildungsschule und Jugendpflege.
1. Die gewerbliche und kaufmännische Fortbildungsschule und ihre Beziehung zur Jugendpflege.
2. Die Mädchenfortbildungsschule und Jugendpflege.
3. Die ländliche Fortbildungsschule und Jugendpflege.
Unterweisungszeit: 3 Stunden.
Vortragender: Schuldirektor Ofenberg-Zeitz.

c) Berufsberatung für Jugendliche.
Unterweisungszeit: 2 Stunden.
Vortragender: Bezirksjugendpfleger Oberlehrer Hemprich.

d) Die Verbände für die berufsmäßige Organisation im Bezirke.
Unterweisungszeit: 1 Stunde.
Vortragender: Bezirksjugendpfleger Oberlehrer Hemprich.

e) Jugend-Volksspiele.
Unterweisungszeit: 4 Stunden.
Leiter: Turnlehrer Frohne.

f) Zimmer- und Gesellschaftsspiele.
Unterweisungszeit: 2 Stunden.

3. Woche.

a) Die Erziehung der schulentlassenen Jugend zur Naturbeobachtung und Freude an der Natur.
Unterweisungszeit: 2 Stunden.
Vortragender: Pfarrer Kleinschmidt-Deberstedt.

b) Naturdenkmalspflege im Dienste der Jugenderziehung und Volksbildung.
Unterweisungszeit: 2 Stunden.
Vortragender: Mittelschullehrer Hemprich-Halberstadt.

c) Jugend- und Volkschristentum und Jugenderziehung.
Unterweisungszeit: 4 Stunden.
Vortragender: Rektor Meßlhase-Esserwerda.

d) Einrichtung und Verwaltung von Jugend- und Volksbüchereien.
Unterweisungszeit: 4 Stunden.
Vortragender: Rektor Müllner-Hessen.

e) Die Mithilfe der Jugend bei Erforschung der Sitten und Gebräuche.
Unterweisungszeit: 2 Stunden.
Vortragender: Pfarrer Reichardt in Rotta bei Kemberg.

f) Jugendspiele, Sing- und Volkstänze.
Unterweisungszeit: 4 Stunden.
Vortragende: Turnlehrer Frohne, Fräulein Hähnel-Halle a. S.

g) Musik, Gesang- und Jugendvereinigung.
Unterweisungszeit: 3 Stunden.
Vortragender: Pfarrer Balthasar-Ammendorf.

h) Die Verbände mit allgemeinen ethischen und humanitären Zielen im Bezirke.
Unterweisungszeit: 1 Stunde.
Vortragender: Bezirksjugendpfleger Oberlehrer Hemprich.

i) Aussprache und Übungen.

4. Woche.

a) Lebenskunde in Jugendvereinigungen.
Unterweisungszeit: 4 Stunden.
Vortragender: Pfarrer Eichhorn-Merseburg.

b) Die künstlerische Erziehung der Jugend.
Unterweisungszeit: 4 Stunden.
Vortragender: Mittelschullehrer Thielsen-Merseburg.

c) Die dramatische Kunst in Jugendvereinigungen.
Unterweisungszeit: 1 Stunde.
Vortragender: Oberlehrer Kaminski-Merseburg.

d) Die Volksgesundheitsbewegung und Jugendpflege.
Unterweisungszeit: 2 Stunden.
Vortragender: Pfarrer Heß-Hainrode.

e) Die konfessionellen Jugendverbände im Bezirke.
Unterweisungszeit: 1 Stunde.
Vortragender: Bezirksjugendpfleger Oberlehrer Hemprich.

f) Die Organisation der Jugendpflege im Bezirke.
Unterweisungszeit: 1 Stunde.
Vortragender: Bezirksjugendpfleger Oberlehrer Hemprich.

g) Sing- und Volkstänze.
Unterweisungszeit: 4 Stunden.
Vortragende: Fräulein Hähnel-Halle a. S.

h) Aussprache und Übungen.

Den Merseburger Jugendpflegern und Jugendpflegerinnen wird durch diesen Lehrgang bequeme Gelegenheit gegeben, in das ganze System der Jugendpflege und Jugendbewegung eingeführt zu werden. Ausbildungs- und Stundenplan sind vom Bezirksjugendpfleger Oberlehrer Hemprich zu beziehen.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-60787691319190615-19/fragment/page=0006

Amtliche Bekanntmachungen für den Kreis Merseburg.

Nr. 3. Merseburg, 14. Juni 1919.

Richtpreise für Kirschen.

Solche sind für Mitteldeutschland bei Gütepreisen auf 55 Pfg., bei guten Qualitäten auf 70 Pfg., bei Bestpreisen auf 45 Pfg. je Pfund festgesetzt. Diese Preise beziehen sich auf Kirschen, wie Kleinverkäufer sie an Endverbraucher abgeben. Sind sie für Einkochen, wie Kleinverkäufer, Bereitung, Einkäufer usw. Dient sind jetzt wegen der gesteigerten Arbeitslöhne auf einige 30 Pfg. zu setzen, je nach der Ergiebigkeit der verschiedenen Preise bekommt.

Magdeburg, den 14. Mai 1919.

Provinzialbeirat für Gemüse und Obst.

Bekanntmachung.

Betreff: Verlegung des Handwerks mit Werkzeugen und sonstigen Bedarfsgegenständen.

Die aus dem Heeresdienst zur Entlassung kommenden Handwerker stehen sich bei der Wiederaufnahme ihrer Berufsarbeit vielfach vor der Frage, an welchen Werkzeugen und Maschinen, an Maschinen, Halb- und Fertigfabrikaten besonders dringend empfunden wird. Um diesen Not zu steuern, hat sich das Reichsverwertungsamt bereit erklärt, dem Handwerk durch Abgabe von Werkzeugen also aus Heeresbeständen Beihilfen bei Zweck- und Zweckerfüllung zu gewähren, soweit die Gläubiger aus den Lagern des Reichsverwertungsamtes in größeren Mengen, um dessen anzugemeisse, durch Genossenschaften und andere Vereinigungen, sowie Handwerkskammern und Innungen,

Bekanntmachung.

Erhöhte Zuschläge zur Einkommen- und Ergänzungssteuer.

Vom 1. April 1919 ab sind **erhöhte Zuschläge zur Einkommen- und Ergänzungssteuer** festgesetzt worden. (Siehe Gesetzsamml. 1919, S. 59 ff. § 3.)

Die vom 1. April 1919 ab **zur Erhebung kommenden Steuerzuschläge** betragen:

1. Bei der Einkommensteuer:

in den Einkommensteuerstufen von			für die Aktien-Gesellschaften, Kommandit-Gesellschaft. auf Aktien u. Berggewerkschaften		für die **sonstigen** Steuerpflichtigen	
mehr als	3 000	bis 3 900 ℳ	30	vom Hundert der zu entrichtenden Steuer	15	vom Hundert der zu entrichtenden Steuer
„ „	3 900	„ 5 000 ℳ	40		20	
„ „	5 000	„ 6 500 ℳ	50		25	
„ „	6 500	„ 8 000 ℳ	60		30	
„ „	8 000	„ 9 500 ℳ	80		40	
„ „	9 500	„ 12 500 ℳ	100		50	
„ „	12 500	„ 15 500 ℳ	120		60	
„ „	15 500	„ 18 500 ℳ	120		70	
„ „	18 500	„ 21 500 ℳ	140		80	
„ „	21 500	„ 24 500 ℳ	140		90	
„ „	24 500	„ 27 500 ℳ	160		100	
„ „	27 500	„ 30 000 ℳ	180		110	
„ „	30 500	„ 48 000 ℳ	200		120	
„ „	48 000	„ 60 000 ℳ	220		130	
„ „	60 000	„ 70 000 ℳ	240		140	
„ „	70 000	„ 80 000 ℳ	240		150	
„ „	80 000	„ 90 000 ℳ	260		160	
„ „	90 000	„ 100 000 ℳ	260		180	
„ „	100 000	„ 200 000 ℳ	280		200	
„ „	200 000	„ 300 000 ℳ	300		220	
„ „	300 000	„ 500 000 ℳ	330		240	
„ „	500 000	„ 1 000 000 ℳ	360		270	
„ „	1 000 000 ℳ		400		300	

2. Bei der Ergänzungssteuer:

in den Vermögensstufen von				
mehr als	6 000	bis 20 000 ℳ	100	vom Hundert der zu entrichtenden Steuer
„ „	20 000	„ 32 000 ℳ	120	
„ „	32 000	„ 52 000 ℳ	140	
„ „	52 000	„ 70 000 ℳ	160	
„ „	70 000	„ 100 000 ℳ	180	
„ „	100 000	„ 200 000 ℳ	200	
„ „	200 000	„ 500 000 ℳ	250	
„ „	500 000	„ 1 000 000 ℳ	300	
„ „	1 000 000	„ 2 000 000 ℳ	350	
„ „	2 000 000 ℳ		400	

Merseburg, den 12. Juni 1919.

Der Vorsitzende der Veranlagungskommission.
Dr. Mosle. (J.-Nr. 37/19 St.)

Bekanntmachung.

Betrifft: Waldbrände.

Es haben wiederholt erhebliche Waldbrände stattgefunden, deren Entstehung auf unvorsichtiges Fortwerfen von brennenden Zigarren- und Zigarettenresten oder Streichhölzern zurückzuführen ist.

Ich mache daher auf die Bestimmungen des § 44 Nr 2 des Feld- und Forstpolizeigesetzes vom 1. April 1880 und auf den § 38 der Polizeiverordnung des Herrn Regierungspräsidenten vom 31. März 1884 (Amtsblatt Seite 191) hierdurch besonders aufmerksam. Auch wenn das Rauchen gestattet ist, ist das Fortwerfen, unvorsichtige Handhaben oder Fallenlassen von brennenden oder glimmenden Gegenständen innerhalb des Waldes nach den genannten Bestimmungen strafbar.

Merseburg, den 5. Juni 1919.

Der kommissarische Landrat.
Dr. Mosle.

Bekanntmachung über Wochenfettmenge.

Die Fettmenge für die Woche vom 15. Juni bis 21. Juni 1919 wird hiermit für Merseburg-Land auf alle gewöhnlichen Fettmarken auf **50 gr**, auf alle Zusatzfettmarken auf **50 gr** festgesetzt.

Merseburg, den 13. Juni 1919.

Der kommissarische Landrat.
Dr. Mosle.

Buchdruckerei Th. Rößner
Merseburg
Kleine Ritterstr. 3 Fernruf 324

Gute wirkungsvolle Drucksachen
machen den Leser aufmerksam, die Firma bekannt, den Käufer begehrlich, und infolgedessen sich immer bezahlt.
Nachdem ich meine Buchdruckerei wiederum mit einem Teil neuzeitlichen Materials ausgestattet habe, bin ich in der Lage, allen Anforderungen zu entsprechen und empfehle mich der geehrten Geschäftswelt.
Hochachtungsvoll
Th. Rößner, Buchdruckerei.

Druck und Verlag von Th. Rößner in Merseburg,

Welche Gefahren drohen dem deutschen Volksleben von einer Amerikanisierung Deutschlands? Deutsche Volkszeitung.

Öffentlicher Vortrag: Montag, den 16. Juni, abds. 8 Uhr, im Tivoli, Eintritt 20 Pf. Kapitän König v. U Boot Deutschland.

Funkenburg. Sonntag, den 15. Juni, von nachm. 3 Uhr ab, grosser Ball. Volles Orchester. Otto Trautewein.

Neues Schützenhaus. Sonntag, den 15. Juni, 2 große Konzerte nachm. n. 1 u. 4—6 Uhr abends: n. 7½—11 Uhr. Von nachmittags 3 Uhr an großer Ball. Bei ungünstiger Witterung ist nur Ball. Es ladet freundlichst ein Hermann Eisenberger.

G. V. F. Sonntag, den 15. Juni, Ausflug nach Röffen. Dafelbst von 3 Uhr ab Tanzchen! Wiemarsch 2 Uhr vom „Thüringer Hof". Gäste sind herzlich willkommen. Der Vorstand.

Kammer Lichtspiele. Sonnabend Sonntag Montag. Neu! Das Skelett. Das große, fesselnde Spannerstück eines Phrenologen in 4 Akten nebst einem Vor- und Nachspiel. Das Glück von Lindenberg! Großes Detektiv-Schauspiel in 4 Akten. Phantomas — Rolf Doer! Hierzu ein prächtiges Sie Sexy-Lustspiel. Sonntag ab 3 Uhr: Kinder- und Jugend-Vorstellung. Sonntag 4½, 6½ Uhr und ½8 Uhr: Vorführung für Erwachsene.

Turnverein Röffstein. Vorturnerschaft. Sonntag, den 15. Juni Ausflug nach Schkopau (Bergers Gasthof.) Dafelbst von nachm. 3 Uhr ab Tanzchen! Der Vorstand.

Radfahrerverein Concordia Leuna. Zu der am Sonntag, den 15. Juni 1919, im Gasthaus zu Leuna, von nachmittags 3 Uhr an stattfindenden Ballmusik verbunden mit Preisschießen ladet ergebenst ein Der Vorstand.

Schlossklub Mansfeld. Sonntag, den 15. Juni, von nachmittags 3 Uhr an Vergnügen im Lipperschen Lokale. Hierzu ladet freundlichst ein Der Vorstand.

Gensa. Zu Himmelfahrt von nachmittags 3 Uhr ab ./. Ballmusik ./. Es ladet ergebenst ein A. Köhler.

Buchdrucker-Verein „Gutenberg" V. d. D. B. Sonntag, den 15. Juni, von nachm. 3 Uhr an, Tanzchen in Meuschau (Auffrehaus). Von vormittags 10 Uhr an und nachmittags Kaninchen-Ausstechen. Die Mitglieder, sowie Freunde und Gäste des Vereins werden hierdurch höflichst eingeladen. Der Vorstand.

Feldschlößchen. Sonntag, den 15. Juni, von nachmittag 3½ Uhr bis 7 Uhr Unterhaltungsmusik ausgeführt von der Landesjäger-Kapelle. Abds. ½8 Uhr Tanzkränzchen. A. Köhler.

C. V. Ortsgruppe Merseburg. Sonntag, den 15. Juni 1919 3. Wanderung. Treffp. 1s nachm. Tivoli-Theater. Wm. 1s n. lib. Bootshausbrücke.

Strandschlößchen Merseburg. Sonntag, den 15. Juni, von nachmittags 3 Uhr ab großer BALL. Um gütigen Zuspruch bittet A. Weib.

Köhlitzsch. Sonntag, den 15. Juni, nachmittags von 4 Uhr an, Tanzmusik. Dazu ladet freundlich ein Böhme, Gastwirt.

Verband Deutscher Handlungsgehilfen zu Leipzig, Kreisverein Merseburg. Montag, den 16. Juni 1919, abends 7½ Uhr, Gasthaus „Kaiser Wons". Monats-Versammlung. Ferner jeden Mittwoch abend gemütliches Beisammensein im „Wettiner Hof". Der Vorsitzende.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:deg:bv:3:1-171133730-60787691319190615-19/fragment/page=0008

Merseburger Korrespondent

Erscheint täglich nachmittags mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. — Bezugspreis: Vierteljährlich 3,10 Mk.: durch den Boten frei ins Haus 3,30 Mk.; durch die Post 3,30 Mk. ausschl. Bestellgeld; durch unsere Vertreter auf dem Lande 3,60 Mk. Einzelnummer 10 Pf.
Geschäftsstelle: Kleine Ritterstr. 3.

Neueste Nachrichten für Stadt und Kreis Merseburg

Anzeigenpreis: Für die einspaltige Petitzeile oder deren Raum 30 Pf., im Reklameteil 1,00 Mk., Ehrenanzeigen und Nachweisungen 30 Pf. mehr. Platzvorschrift ohne Verbindlichkeit. Schluß der Anzeigen-Annahme: 9 Uhr vormittags.
:—: Telefon Nr. 324. :—:

Nr. 129 — Sonntag, den 15. Juni 1919. — 45. Jahrg.

Was für eine Regierung muß die Entente für Deutschland wünschen?

Von Georg Gothein, deutscher Reichsminister.

Nach englischen Preßäußerungen hat Lloyd George dieser Tage wieder erklärt, die erste Voraussetzung für einen Frieden mit Deutschland sei eine stabile Regierung in Deutschland.

Die alliierten und assoziierten Regierungen müssen sich darüber klar sein, daß eine andere Regierung als das jetzige Koalitionskabinett der drei Mehrheitsparteien für absehbare Zeit in Deutschland nicht möglich ist. Die Unabhängigen sind eine zwar sehr geräuschvolle, aber doch recht kleine Minderheit, und selbst mit allen Mehrheitssozialisten zusammen bilden sie noch lange keine Mehrheit, geschweige mit deren nicht allzu großem linken Flügel, der vielleicht das Unterscheiden als das kleinere Übel ansieht. Damit, daß das Kabinett zurücktrete und durch andere Personen aus denselben drei Mehrheitsparteien ersetzt würde, wäre an der Lage nichts geändert. Und wäre etwa den Alliierten damit gedient, daß eine aus den Unabhängigen hervorgegangene Regierung den Frieden unterschriebe? Sie würde das doch nur mit der ausgesprochenen Absicht tun, ihn nicht zu halten, ihn als einen Fetzen Papier anzusehen.

Die jetzige Regierung ist mit ihren Gegenvorschlägen bis an die äußerste Grenze des Möglichen gegangen; diese aber will sie ehrlich erfüllen. So ungeheuerlich die übernommenen Lasten sind, sie glaubt, daß das deutsche Volk sie tragen kann — vorausgesetzt, daß es sich wieder an ernstes, intensives Arbeiten gewöhnt. Das würde aber mit einem von der Entente erzwungenen Frieden nie der Fall sein; er würde die Quelle ständiger Unruhen sein. Mit der absoluten Hoffnungslosigkeit, sich jemals aus der aufgezwungenen Versklavung zu befreien, würde nicht nur die Arbeitsunlust, sondern das Gefühl der Verzweiflung überhandnehmen, jenes Gefühl, das die alleinige Rettung in der allgemeinen Weltrevolution, in dem Chaos des Bolschewismus sieht. Die Alliierten müßten bei den ausbrechenden Unruhen das Land besetzen; ihre Truppen würden damit der ansteckenden Gefahr des Bolschewismus ausgesetzt sein; und der ist mindestens so ansteckend wie die Grippe.

Ist es der Entente ernst damit, einen dauernden Frieden zu haben, legt sie Wert darauf, daß Deutschland die in der Lansing-Note übernommene Wiedergutmachung erfüllt, so muß sie die heutige Regierungsmehrheit erhalten, die allein in der Lage ist, das durchzusetzen. Dabei mögen sich die Alliierten eins vor Augen halten: Nichts demoralisiert eine Truppe mehr, als die lange Besetzung eines fremden Landes. Nicht die deutsche Front ist zusammengebrochen; sie hat bei der furchtbaren Übermacht an Menschen und Material bis zum letzten Kampftage standgehalten. Zusammengebrochen ist die Etappe in Belgien, Nordfrankreich, Lettland, Litauen, Polen, der Ukraine, Rumänien usw. Das Gefühl, mit unumschränkter militärischer Macht über ein unterworfenes Volk herrschen zu dürfen, tötet die Sittlichkeit. Was heute aus den von Franzosen, Belgiern und Engländern besetzten linksrheinischen Gebieten glaubwürdig berichtet wird, ist ein sicherer Beweis dafür, daß jene Truppen in dem dortigen Capua denselben Zersetzungsprozeß durchmachen wie unsere seinerzeit in der Etappe. Besonders das Offizierkorps fault am raschesten an, und das Beispiel von oben steckt rapid an. Zeugt etwa die Art, wie von französischen Offizieren Losreißungsbestrebungen in den linksrheinischen Gebieten inszeniert werden, von Moral? Ist aber die Achtung vor dem Vorgesetzten dahin, so ist der Boden für den Umsturz geschaffen.

Nichts haben die Alliierten daher mehr zu fürchten, als eine sich lang hinziehende Besetzung deutscher Gebiete. Wir werden ihnen nicht den Gefallen tun, den militärischen Geist durch ernsthafte Kampfhandlungen bei ihnen aufs neue zu beleben. Wir denken nicht daran, ihnen Widerstand zu leisten. Wir wissen sehr wohl, das würde gegenüber der ungeheuren numerischen und materiellen Übermacht eine frivole Hinopferung von Menschen sein. Wir wissen aber [illegible] bs oder auch nur großer [illegible] en würde. Auch ihre [illegible] denkbar Mögliche getan, [illegible] e um ihr Volkstum be- [illegible] Stimmung dort ist dem [illegible] Aber was sie auch tun [illegible] chen sollten, sich der ihr [illegible] ete zu bemächtigen, nicht [illegible] t zu widersetzen. Ich [illegible] ein vergebliches Ringen [illegible] rkendeutschen bis in die [illegible] eber tot als Pole. [illegible] mkeit kennt, begreift das. [illegible] miertes Deutschland den [illegible] chung der Privatschäden [illegible] reich stände damit [illegible] rde sich dort mit Recht [illegible] diesen Ausgang herbei- [illegible] ft vorteilhaften Frieden [illegible] um dessen darstellt, was [illegible] Welt würde sich gegen [illegible] enschlicht in das Chaos [illegible] ngen.

[illegible] einbrach, sagte mir ein [illegible] s Glück für uns, aber [illegible] t, mit dem wir Frieden [illegible] griff, sich ebenfalls um diesen Kontrahenten zu bringen.

Neueste Nachrichten.

Die unannehmbaren „Zugeständnisse".

Berlin, 14. Juni. Nach hier eingetroffenen Nachrichten aus Versailles ist anzunehmen, daß die Überreichung der Ententeantwort auf die deutschen Gegenvorschläge spätestens morgen erwartet werden kann. Nach den früheren Erfahrungen ist allerdings mit der Möglichkeit zu rechnen, daß auch dieser Termin wieder um eine „allerletzte" Frist hinausgeschoben wird. Immerhin scheinen unsere Gegner über die Hauptpunkte der uns zu erteilenden Antwort ins reine gekommen zu sein. Wenn diese sich in der Tat auf die „Zugeständnisse" beschränken sollte, die wir nach einer Pariser Meldung der Daily News gestern zusammengestellt haben, so dürfte unsere Friedensdelegation und mit ihr das deutsche Reichskabinett über die Stellungnahme, die dazu geboten sein würde, keinen Augenblick im Zweifel sein. Wir hätten es danach mit dem im großen und ganzen unveränderten Friedensvertrag zu tun, der für das deutsche Volk und für die deutsche Regierung unannehmbar ist und bleibt. Wie nach dem 7. Mai, herrscht darüber auch jetzt an allen maßgebenden Stellen des Reiches volle Übereinstimmung. Dabei versteht es sich indessen von selbst, daß das Kabinett zu der erwarteten Antwort der Entente erst dann endgültig Stellung nehmen kann, wenn sie uns überreicht sein wird. Bis dahin braucht die Frage, ob wir unterschreiben sollen, ob wir unterschreiben können, ob wir unterschreiben dürfen, nicht entschieden zu werden. In der nächsten Woche aber wird es voraussichtlich soweit sein, daß auf deutscher Seite die letzten Entschlüsse gefaßt werden müssen.

Minister nach Weimar.

Berlin, 14. Juni. Laut „B. P. N." sind die führenden Minister der Einzelstaaten telegraphisch nach Weimar berufen worden und zum Teil bereits eingetroffen, um mit der Reichsregierung über die Antwort der Entente zu beraten.

Die Unruhen auf Malta.

Lugano, 14. Juni. Über die Unruhen auf Malta berichtet ein Sondertelegramm des „Secolo" aus Tripolis: Am 7. Juni begannen infolge eines Zwischenfalles zwischen englischen Offizieren und Malteser Bürgern ernste Tumulte wegen der Teuerung des Mehles. Die in der Bevölkerung herrschende Erbitterung machte sich in der Plünderung einer großen Mühle Luft, wobei englische Marinesoldaten feuerten und sieben Angreifer töteten. Es scheint sich aber mehr um eine politische Bewegung zu handeln, durch welche die Autonomie der Insel erreicht werden soll. Die Lage ist jedenfalls sehr ernst. Ganz Malta wurde militärisch besetzt.

Proteste gegen den Ententefrieden.

Amsterdam, 14. Juni. (Priv.-Telegr.) Aus Kanton wird gemeldet, daß ein allgemeiner Streik aller Arbeiterkategorien ausgebrochen ist. Gegen die harten Friedensbedingungen der Entente, die den Militarismus wieder aufrichten müssen, wird protestiert. Über den chinesischen Teil der Provinz und über Kanton wurde der Belagerungszustand verhängt.

Die amerikanische Friedensarmee.

Washington, 14. Juni. (Priv.-Telegr.) Der Etat für 1920 wurde angenommen und dem Senat unterbreitet. Der Etat sieht eine Armee von 100 000 Mann vor und veranschlagt die Kosten auf 1718 Millionen Dollar.

Unruhen in Zürich.

Zürich, 14. Juni. (Priv.-Telegr.) Der Arbeitersekretär Konrad wurde an der Schweizer Grenze verhaftet und in das Bezirksgefängnis Zürich eingeliefert. Die Menge versuchte das Gefängnis zu stürmen. Die Wachtmannschaften eröffneten das Feuer, das von den Angreifern erwidert wurde. Der Verhaftete wurde von den Gefängnisbeamten freigegeben; bald darauf legte sich der Tumult. Bis nachts 12 Uhr wurden 16 Verwundete in das Bezirksspital eingebracht, von denen bis heute morgen 2 verstorben sind.

Abbruch der diplomatischen Beziehungen zwischen Rumänien und der Ukraine.

Wien, 14. Juni. (Priv.-Telegr.) Die diplomatischen Beziehungen zwischen der Ukraine und Rumänien wurden wegen des rumänischen Überfalles auf Ostgalizien abgebrochen. Der ukrainische Gesandte hat Bukarest verlassen und sich nach Paris begeben.

Proteststreik in Deutsch-Böhmen.

Aussig, 14. Juni. (Priv.-Telegr.) Dem für heute von der deutsch-böhmischen Sozialdemokratie beschlossenen Proteststreik gegen die Vergewaltigung des Selbstbestimmungsrechts durch das Friedensdiktat von St. Germain haben sich sämtliche deutschen bürgerlichen Parteien angeschlossen.

Die Friedensverhandlungen.

Die Antwort der Alliierten.

„Some Libre schreibt: Die Alliierten haben in ihrem Trachten nach Unparteilichkeit und Gerechtigkeit den Friedensentwurf vom 7. Mai derart abgeändert, daß er sich, soweit es möglich war, den deutschen Gegenvorschlägen nähert. Aber die Alliierten haben in ihren fundamentalen Grundsätzen nicht nachgegeben. Der Betrag der Wiedergutmachung, die Deutschland zahlen muß, wird viel früher als 1. Mai 1921 festgesetzt sein. Deutschland erhält die Zusicherung, daß der interalliierte Ausschuß sich keineswegs in die inneren Angelegenheiten Deutschlands mischt. Deutschland wird schrittweise in dem Maße, als es seine Verpflichtungen erfüllt, zum Völkerbund zugelassen werden. Deutschland wird Volksabstimmung in den Gebieten bewilligt, welche den Polen zuerkannt waren. Außerdem werden ihm Zugeständnisse über gewisse Stücke gemacht werden, welche von den Alliierten besetzt werden sollen. Eine Berufung gegen dieses Urteil wird es nicht geben. Wenn die Deutschen nach der einwöchigen Frist, welche ihnen zur Unterzeichnung der letzten ihnen gebotenen Bedingungen gestellt wird, sich weigern, den Friedensvertrag zu unterzeichnen, dann wird das Wort den Ententesoldaten Fochs und der englischen Marine erteilt werden.

Überreichung der Antwort — Sonntag abend oder Montag früh?

Aus Paris wird gemeldet: Clemenceau, Wilson, Lloyd George und Sonnino an Stelle Orlandos arbeiteten morgens und nachmittags die Antwort auf die deutschen Gegenvorschläge aus. Sie überreichten dem Komitee für die Vertragsredaktion, das aus Tardieu, Wilson, Kerr, Bonnielli und Samuri zusammengesetzt ist, von 18 Berichten bereits 9. Die Antwort der Entente dürfte Sonntag abend oder Montag früh überreicht werden. Die Deutschen erhalten 8 Tage Zeit für ihre Antwort.

Sieg des Standpunktes Clemenceaus?

Die Pariser Abendblätter bestätigen die völlige Unnachgiebigkeit der Ententeantwort auf die deutschen Gegenvorschläge. Der französische Erfolg wird der festen Haltung der Redsamkeit Clemenceaus zugeschrieben. Deutschland wird in die Gesellschaft der Nationen erst nach längerer, vorläufig unabsehbarer Zeit aufgenommen. Von Änderungen in den territorialen Fragen kommt nur noch eine völlig verklausulierte Volksabstimmung in Teilen von Oberschlesien nach zwei Jahren in Betracht. Was inzwischen mit dem Lande geschehen soll, wird nicht gesagt. Die Festsetzung der Entschädigung ist nicht auf eine bestimmte Summe beschränkt, doch scheint man den deutschen Vorschlag, die Zahlung nach Prozenten dem deutschen Budget abzuleiten, anzunehmen. Über das Schicksal der Rheinlande wird nichts neues mitgeteilt. Die französische Absicht scheint sich auch hier durchgesetzt zu haben. Die Antwort wird spätestens am Sonnabend übergeben werden. Eine Frist von 8 Tagen einschließlich der 3 Tage zur Kündigung des Waffenstillstandes ist für die deutsche Entschließung vorgesehen. Es ist unmöglich, diese Vorschläge zu diskutieren. Unsere Antwort ist schon vor 14 Tagen gegeben worden.

Japan tritt in den Rat der Vier ein.

Versailles, 13. Juni. Makino tritt als Vertreter Japans in den Rat der Vier ein. Der schon fertiggestellte Entwurf der Entente wird einer neuen Revision unterzogen. Zu dieser neuen überraschenden Wendung meldet heute der Pariser Mitarbeiter der „Chicago Tribune": Makino, der Japan vertritt, wurde in den letzten Minute herangezogen. Damit ist Tatsache geworden, daß der Vertrag neu beraten wird, nachdem er von den großen Vier schon als abgeschlossen bezeichnet worden ist. Man nimmt nun an, daß der revidierte Vertrag spätestens Sonnabend nacht zur Übergabe an die Deutschen fertig sein wird. Die französischen Zeitungen bringen von dieser schwerwiegenden Tatsache keine Meldung. Dieses Schweigen ist um so auffälliger, da sie von den letzten Arbeiten der Konferenz überhaupt nichts bringen und nur melden, daß der Entwurf der Alliierten wahrscheinlich erst am Sonntag abgehen werde. Sollte die Meldung der „Chicago Tribune" in diesem vollen Umfange zutreffen, so würde sie bedeuten, daß Lloyd George einen Erfolg über Clemenceau errungen hat. Es ist bekannt, daß Japan seit dem Augenblick ein größeres Interesse für die europäischen Fragen zeigt, wo die Entente den russischen Admiral Kolischak anerkannt hat.

Orlando wieder abgereist.

Aus Versailles wird gemeldet: Ohne daß eine Einigung über Fiume erzielt worden ist, ist Orlando nach Rom abgefahren, als er sah, daß durch das Dazwischentreten Japans neue Beratungen und neue Meinungsverschiedenheiten entstanden sind. Außerdem ist die italienische Arbeiterbewegung, die nicht abzuflauen beginnt, dem italienischen Premierminister wichtiger als die Reden und das Feilschen über Oberschlesien. Wie Orlando von Paris fortging, ist brüsk genug. Auf weitere Verhandlungen verzichtete er. Er wünschte nur noch eine genaue Ausführung des Londoner Vertrags, den Amerika aber unglücklicherweise nicht anerkennt. So ist auch die italienische Frage nach wochenlangen Meinungskämpfen so wie am Anfang.

Die Resolution des Senators Knock.

In den „Times" vom 11. Juni faßt der New Yorker Korrespondent des Blattes die fünf Bedingungen der Resolutionen des Senators Knock, unter denen allein der Friedensvertrag für den Senat der Vereinigten Staaten annehmbar sein würde, folgendermaßen zusammen:

1. Die Vereinigten Staaten sind in den Krieg gezogen, um gegen Beleidigungen, die von Deutschland der amerikanischen Regierung angetan wurden, aufzutreten, und das einzige Ziel der amerikanischen Regierung beim Friedensschluß ist, das durchzusetzen, was die Vereinigten Staaten zur Teilnahme am Kriege veranlaßte.

2. Kein Friede, der auf eine Abänderung der Verfassung der Vereinigten Staaten hinauslänft, würde für den Senat der Vereinigten Staaten annehmbar sein.

3. Der Friedensvertrag muß vom Völkerbund losgelöst werden, und an die Stelle des Völkerbundes muß ohne Präjudiz eine Kommission gesetzt werden, bis zu einem Zeitpunkt, wo der Völkerbund ernstlich vorberaten werden kann.

4. Die drei oben erwähnten Einschränkungen bezwecken, den tatsächlichen Friedensschluß zu erleichtern, und werden keinen Einfluß auf den Völkerbund haben, der einer späteren Beratung überlassen wird.

5. Der Senat spricht sich für eine Erklärung der Vereinigten Staaten aus, daß jede Kombination von europäischen Mächten, die geeignet ist, den Frieden der Welt zu bedrohen, auch in den Vereinigten Staaten ernste Besorgnis erwecken würde, und daß die Vereinigten Staaten in einem solchen Falle entsprechende Schritte tun würden, um zu verhindern, daß sie in einen neuen Weltkrieg verwickelt werden.

Nach einer Reutermeldung aus Washington ist die Resolution von Knock als offizielle Mitteilung an die Friedenskonferenz gedacht, daß der Senat gegen die Ratifizierung des Friedensvertrages in seiner jetzigen Form Einspruch erheben werde.

Neue Anregungen praktischer Art werden in Erwägung gezogen....

Versailles, 14. Juni. Wie „Temps" meldet, prüfte der Viererrat gestern vormittag die letzten Berichte der Ausschüsse bezüglich der Antwort, welche den deutschen Gegenvorschlägen erteilt werden soll. Der allgemeine Sinn dieses Dokuments entspricht genau dem Inhalt des Briefes, den Clemenceau am 10. Mai an Brockdorff-Rantzau richtete und in dem er erklärte, die alliierten und assoziierten Mächte hätten sich bei Festsetzung der Vertragsbestimmungen ständig von den Grundsätzen leiten lassen, nach denen der Waffenstillstandsvertrag und die Friedensverhandlungen vorgeschlagen worden sind. Sie könnten keinerlei Erörterungen ihres Rechts zulassen, die grundsätzlichen Friedensbedingungen, so wie sie dieselben festgesetzt haben, aufrecht zu erhalten, sondern nur Anregungen praktischer Art in Erwägung ziehen.

Die Antwort der Alliierten.

Paris, 14. Juni. Reuter.) Der Friedensvertrag wird vollständig neu geschrieben und gedruckt. Er enthält die Erläuterungen, die in der Antwort über die Gegenvorschläge enthalten sind, wird also, während er in seinen Grundsätzen unverändert bleibt, doch tatsächlich ein neues Dokument sein. Der Vertrag wird am Tage der Überreichung oder einen Tag später veröffentlicht werden.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-60787691319190615-19/fragment/page=0009